

1954 – 2014



Festschrift zum 60. Jubiläum

Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung e.V.



Titelbilder

1. Zusammenkunft in der HVHS Hustedt Mitte der 1960er Jahre:
Dr. Paul Steinmetz (Leiter der HVHS Hustedt) im Gespräch mit Heiner Lotze
2. Konstituierende Sitzung des Landesausschusses am 20.01.1970:
Dr. Walter Remmers (MdL CDU), Erich Gerlach (MdL SPD), Prof. Dr. Siegfried Knoke (Vorsitzender des nbeb), Kultusminister Richard Langeheine
3. H.P. Seelhorst (Arbeitgeberverband), Wolfgang Schultze (DGB), Dr. Bernhard Schomakers (KEB), Prof. Dr. Siegfried Knoke (nbeb), Prof. Dr. Horst Siebert (Universität Hannover) und Horst-Günther Behrends (nbeb) auf der Jubiläumsveranstaltung „20. Jahre nbeb“ am 4./5. April 1974 in Hannover
4. Die Mitglieder des nbeb präsentieren sich im Rahmen der Mitgliederversammlung der LEB im Jahr 1976
5. Dr. h.c. Jürgen Walter und Wissenschaftsminister Lutz Stratmann eröffnen die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in der Bödekerstr. 16 in Hannover am 17.01.2006
6. Veronika Jaeger (LV VHS), Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Dr. h.c. Jürgen Walter (Vorsitzender des nbeb) und Wilhelm Niedernolte (EEB) am Rande der nbeb-Mitgliederversammlung am 05.06.2013.



Stephan Weil

Grußwort des Ministerpräsidenten

Seit 1954 vertritt der Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. die bildungspolitischen Interessen seiner Mitgliedsorganisationen und bietet für sie Service und Beratung. Er ist seit nunmehr 60 Jahren das Sprachrohr der vielfältigen Erwachsenenbildungslandschaft in Niedersachsen und ein wichtiger Partner der Lehrenden, der Lernenden, der Politik und der Verwaltung. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich herzlich!

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung halten als regionale Bildungspartner für die Bürgerinnen und Bürger ein umfangreiches Angebot bereit, das vielschichtige persönliche und gesellschaftliche Bedarfe umfassend abdeckt. Denn so unterschiedlich Land und Leute in Niedersachsen sind, so unterschiedlich sind auch die Bildungsinteressen je nach Lebenslage: Berufliche Weiterbildung, Qualifizierung und berufliche Neuorientierung, persönliche Entwicklung, Kunst und Kultur sowie Gesundheitsbildung. All dies findet sich in den Programmen der Einrichtungen wieder.

Im heutigen Wettbewerb um kluge Köpfe ist das Bildungsniveau der Menschen von hoher Bedeutung. Die Erwachsenenbildung leistet einen wichtigen Beitrag bei der Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen in Nie-

dersachsen, eröffnet Bildungschancen und unterstützt Menschen jeder Herkunft und jeder Muttersprache durch innovative Konzepte und ein breites Bildungsangebot.

Ich bedanke mich für die Arbeit und den Einsatz bei den zahlreichen Dozentinnen und Dozenten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es ist insbesondere auch ihr Verdienst, dass wir heute zum 60. Jubiläum des Bundes für freie Erwachsenenbildung ein qualitativ wie quantitativ hervorragendes Angebotsspektrum haben.

Dem Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. wünsche ich weiterhin viel Erfolg!

Hannover, im Juli 2014

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident



Dr. h.c. Jürgen Walter

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Jubiläum bietet immer einen willkommenen Anlass für eine Standortbestimmung und die Fragen: Was war? Was ist? Was kommt?

In der vorliegenden Festschrift unternimmt der nbeb in diesem Sinne eine kleine Zeitreise:

- Der nbeb blickt zurück auf die vergangenen 60 Jahre, in denen er stets die Positionierung und Weiterentwicklung der niedersächsischen Erwachsenenbildung befördert hat.
- Er zeigt auf, welche Themenfelder und inhaltlichen Schwerpunkte seine neun Mitgliedseinrichtungen sowie die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung aktuell beschäftigen.
- Er blickt nach vorn auf zukünftige Herausforderungen und mögliche Entwicklungen.

Gesetzlicher Auftrag der Erwachsenenbildung ist es, Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen zu gestalten. Getreu dem Motto „Weiterbildung von Menschen für Menschen“ erfüllen ihn unzählige Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit

großem Engagement, mit viel Geduld und mit kreativen Ideen. Ziel dieses unermüdlichen Einsatzes ist es, die Menschen vor Ort mit attraktiven Bildungsangeboten zu erreichen, angenehme Lernumgebungen zu gestalten und Freude am Lernen zu vermitteln.

Damit dieser Anspruch an die eigene Arbeit auch zukünftig erfüllt werden kann, wird sich der nbeb auch weiterhin nachdrücklich für die Entwicklung bildungsfreundlicher Rahmenbedingungen einsetzen, die sowohl die persönlichen als auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarfe miteinander verzahnen und zur Zukunftssicherung des Landes Niedersachsen beitragen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein angenehmes Lesevergnügen.

Dr. h.c. Jürgen Walter
Vorsitzender Niedersächsischer Bund
für freie Erwachsenenbildung e.V.

Inhalt

Grußwort des Ministerpräsidenten	3
Vorwort von Dr. h.c. Jürgen Walter	4
VERGANGENHEIT	
60 Jahre Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung	8
Zeitleiste	14
GEGENWART	
Im Dienste der niedersächsischen Erwachsenenbildung: die Agentur für Erwachsenen und Weiterbildung	25
Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt	29
Aus der Schule in den Beruf – damit dieser Übergang funktioniert, setzt das BNW auf frühzeitige Förderung	33
Kooperationen mit Hochschulen	37
Gewaltfreie Kommunikation – ein Profilangebot der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen!	41
Durchs wilde Kindistan	45
Das große ABC der Grundbildung	49
Willkommen ... um zu bleiben!	51
Erwachsenenbildung als Motor und Impulsgeber im ländlichen Raum	55
Leben und Lernen unter einem Dach	59
Bildung für nachhaltige Entwicklung als innovativer Aspekt der Bildungsarbeit des VNB	63
ZUKUNFT	
Ausblick	68





VERGANGENHEIT

60 Jahre Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung

Die Aufbauphase

Niedersachsen hat in der deutschen Erwachsenenbildung nach dem II. Weltkrieg in mehrfacher Hinsicht eine Schrittmacherrolle eingenommen. Hier wurden die ersten Heimvolkshochschulen nach Kriegsende (wieder)eröffnet, in Celle wurde „Arbeit und Leben“ gegründet, die Göttinger Universität etablierte die erste „Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse“, in Hannover wurde der erste Lehrstuhl für Erwachsenenbildung eingerichtet.

Niedersachsen gehörte zu den ersten Bundesländern, die ein Erwachsenenbildungs- und Bildungsurlaubsgesetz verabschiedeten und – last but not least – 1954 wurde der „Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung“ (im Folgenden „nbeb“) gegründet, m. W. in dieser Form in Deutschland eine einmalige Kooperationszentrale.

Die Geschichte dieses Bundes beginnt bereits in den ersten Nachkriegsjahren. Adolf Grimme, von 1930 bis 1932 preußischer Volksbildungsminister und ab 1949 niedersächsischer Kultusminister, war seit 1945 in der Provinz Hannover unter Leitung von Hinrich Wilhelm Kopf für die Bildungspolitik zuständig. Heiner Lotze, ein erfahrener Heimvolkshochschulpädagoge der Weimarer Volksbildung, wurde Referent für Erwachsenenbildung im Ministerium und – in der Aufbauphase – Leiter der Volkshochschule Hannover.

Grimme und Lotze engagierten sich nicht nur tatkräftig für eine finanzielle Förderung der Erwachsenenbildung durch den Staat, sondern zugleich für eine Subsidiarität des Staates und für die inhaltliche Unabhängigkeit der Erwachsenenbildung. „Freie“ Erwachsenenbildung war ein politisches Programm – nicht zuletzt unter dem Eindruck des Nationalsozialismus. Außerdem förderten Grimme und Lotze den Wiederaufbau der Volkshochschulen, sie bemühten sich aber zudem um eine Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher „Kräfte“. Deshalb unterstützten sie bereits im Oktober 1945 die Gründung eines „Bundes für Erwachsenenbildung Hannover“ – einem Vorläufer des späteren nbeb. Dieser Bund sollte

alle demokratischen Initiativen der Erwachsenenbildung in der Landeshauptstadt bündeln, zugleich war dieser Bund Träger der Volkshochschule Hannover.

Heiner Lotze kommentierte diese Institutionalisierung auf der „2. Volkshochschultagung für die britische Zone“ 1948 wie folgt:

„Damit gelang es in Hannover, eine Zersplitterung der verschiedenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu verhindern und statt eines Nebeneinander oder gar eines Gegeneinander ein glückliches Miteinander zu erreichen.“

So „glücklich“ und konfliktfrei war dieses „Miteinander“ jedoch keinesfalls. Vor allem in den gewerkschaftlichen Gremien wurde heftig über die Zukunft der Arbeiterbildung in Niedersachsen gestritten. Die Kontroversen bezogen sich vor allem auf das Verhältnis der Bildungsarbeit zum Staat und auf eine Zusammenarbeit mit der – traditionell „bürgerlichen“ – Volkshochschule. Diese Diskussionen fanden mit der Gründung von „Arbeit und Leben“ – einer Arbeitsgemeinschaft des Landesverbandes der Volkshochschulen, die 1947 eingerichtet worden war, und dem Landesbezirk Niedersachsen des Deutschen Gewerkschaftsbundes – im März 1948 einen vorläufigen Abschluss.

Die niedersächsische Erwachsenenbildungslandschaft wurde Ende der 1940er Jahre zunehmend vielfältiger und unübersichtlicher. So gab es Bestrebungen, analog zu „Arbeit und Leben“ eine Arbeitsgemeinschaft „Land und Leben“ – also einen Verbund der ländlichen Organisationen mit den Kreisvolkshochschulen im ländlichen Raum – zu gründen. Stattdessen plädierte Edmund Rehwinkel – Präsident des Bauernverbandes – mit Erfolg für eine selbstständige „Arbeitsgemeinschaft ländliche Erwachsenenbildung“, die 1950 institutionalisiert wurde.

Um eine Zersplitterung der Erwachsenenbildung zu verhindern, hatte auch das Ministerium ein Interesse

an stabilen, verlässlichen Strukturen. Die inzwischen etablierten Verbände bemühten sich ihrerseits um eine gemeinsame politische Interessenvertretung und eine Koordinierung ihrer Aktivitäten - trotz oder wegen der sich abzeichnenden Wettbewerbssituationen. Eine plurale Struktur mit „freien Trägern“ und kommunalen Volkshochschulen schien am ehesten die Unabhängigkeit gegenüber dem politischen System und eine Modernisierung und Konsolidierung der Erwachsenenbildung zu garantieren.

Einheit der Differenzen

So lässt sich von einer „Einheit der Differenzen“ sprechen. Der nbeb war seit seiner Gründung die strukturbildende Kraft der Erwachsenenbildung in Niedersachsen. Er wurde vom Ministerium nicht nur akzeptiert, sondern von dem zuständigen Referenten Dietrich Kreikemeier auch tatkräftig unterstützt. So wurde die Mitgliedschaft im nbeb für Bildungsorganisationen quasi zum Nadelöhr für die öffentliche Anerkennung und auch staatliche Förderung. Gegründet wurde der nbeb 1954 durch den Landesverband der Volkshochschulen, ARBEIT und LEBEN sowie die Ländliche Erwachsenenbildung. In Hinblick auf die bevorstehende gesetzliche Regelung wurden in den 1960er Jahren vier weitere Mitglieder aufgenommen: der Landesverband der Heimvolkshochschulen im Jahr 1961, die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Erwachsenenbildung im Jahr 1965, die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Erwachsenenbildung im Jahr 1966 und das Bildungswerk der DAG (heute: Bildungswerk ver.di) im Jahr 1968. Später wurden das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH (1988) und der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen (1992) Mitglieder des nbeb.

Einen entscheidenden Bedeutungszuwachs erhielt der nbeb in den 1960er Jahren durch die Gesetzesdiskussion. 1960 war das Gutachten des „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“ mit

dem Titel „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ erschienen. Der Ausschuss plädierte für

- ein plurales System der Erwachsenenbildung,
- eine Aufwertung der beruflichen Weiterbildung,
- eine Professionalisierung des pädagogischen Personals,
- die Konsolidierung der Erwachsenenbildung als Wissenschaftsdisziplin
- sowie gesetzliche Regelungen in allen (westlichen) Bundesländern.



Adolf Grimme



Heiner Lotze

„Damit gelang es in Hannover, eine Zersplitterung der verschiedenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu verhindern und statt eines Nebeneinander oder gar eines Gegeneinander ein glückliches Miteinander zu erreichen.“ Heiner Lotze

Vorsitzende
des Niedersächsischen Bundes
für freie Erwachsenenbildung e. V.
ab 1961

Wiechert, Karl MdL
(LV d. VHS)
14.08.1954 – 19.06.1967

Prof. Dr. Müller, Konrad
(Staatssekretär a. D.)
19.06.1967 – 18.11.1968

Prof. Dr. Knoke, Siegfried
(PH Hannover)
18.11.1968 – 11.06.1975

Wedemeyer, Hans
(Staatssekretär a. D.)
11.06.1975 – 30.06.1980

Ebbighausen, Walter
(LRD)
30.06.1980 – 22.02.1990

Schaede, Klaus
(Staatssekretär a. D.)
22.02.1990 – 13.06.1996

Walter, Dr. h.c. Jürgen
18.10.1996 – heute

Daraufhin setzte der niedersächsische Kultusminister Voigt 1961 eine „Studienkommission für Fragen der Erwachsenenbildung“ ein, die ein Konzept für ein Erwachsenenbildungsgesetz erarbeiten sollte. Den Vorsitz übernahm Willy Strzelewicz, Sekretär war Dietrich Kreikemeier. Daneben war durch Walter Ebbighausen, Gunther Tiede, Karl-Heinz Zumbroich, Adolf Heidorn, Paul Steinmetz und Hans-Wilhelm Tölke in der Kommission vertreten. Bereits 1964 legte diese Experten-Gruppe ein zukunftsweisendes Gutachten vor, das wesentliche Leitlinien für eine gesetzliche Regelung enthielt.

Zu den Materialien für die Studienkommission gehört u.a. ein Bericht über den Arbeitsumfang 1963 der Organisationen des nbeb (damals VHS, A u. L, LEB, HVHS, Seminarkurse der Uni Göttingen). Demnach wurden 10.092 „Maßnahmen“ (Seminare, Lehrgänge, Vortragsreihen) mit 559.184 Teilnehmenden durchgeführt. Erstaunlich ist u. a., dass fast die Hälfte, nämlich 4.370 Veranstaltungen, zur politischen Bildung (Staat, Zeitgeschichte, Gesellschaft, Recht, Wirtschaft, Politik) gerechnet wurde.

Da absehbar war, dass die Gesetzesdiskussion mehrere Jahre dauern würde, verabschiedete die Kommission bereits 1962 ein „Sofortprogramm zur Förderung der Erwachsenenbildung“, das u. a. eine Steigerung der staatlichen Finanzhilfen von 0,30 DM auf 0,50 DM je Einwohner vorsah. Der Haushaltsplan des Kultusministeriums für das Jahr 1964 enthielt Zuschüsse zur Erwachsenenbildung in Höhe von 3.244.000 DM.

„Der Staat anerkannte die sich im Bund bewährende demokratische Selbstverwaltung der niedersächsischen Erwachsenenbildung. Das Niedersächsische Kultusministerium übertrug zu einem erheblichen Teil dem Bund die Bewirtschaftung der Mittel zur Förderung der Erwachsenenbildung.“

(in Studienkommission 1964, S. 42)

1970 – 2004: Eine neue Epoche der Erwachsenenbildung

Das Inkrafttreten des Erwachsenenbildungsgesetzes (EBG) im Jahr 1970 markiert eine neue Epoche des nbeb, der niedersächsischen Erwachsenenbildung, vielleicht sogar der westdeutschen Erwachsenenbildung: Wo auch immer in der Bundesrepublik in der

Folgezeit über Strukturen der Erwachsenenbildung diskutiert wurde, wurde auf den nbeb, das niedersächsische EBG sowie das Bildungsurlaubsgesetz, welches im Jahr 1975 in Kraft trat, hingewiesen.

Für die Entwicklung des nbeb war die Einrichtung des Landesausschusses als Beratungsgremium für die Landesregierung folgenreich. Dieser Ausschuss war bereits von der Studienkommission 1964 vorgeschlagen worden, und er erwies sich in den 1970er Jahren als wichtige bildungspolitische Schaltstelle. Der nbeb und der Landesausschuss waren eng gekoppelt, da die meisten Vorstandsmitglieder des nbeb auch dem Landesausschuss angehörten.

Da die Volkshochschulen im Landesausschuss und im Vorstand des nbeb jeweils nur einen Sitz bzw. eine Stimme hatten, fürchteten sie, von den anderen Landesorganisationen im Konfliktfall majorisiert zu werden. Außerdem fühlten sich die VHS bei der Finanzmittelzuweisung benachteiligt. Diese und andere Gründe führten dazu, dass der Landesverband der Volkshochschulen unter Leitung von Heino Kepschull 1970 seine Mitgliedschaft im nbeb kündigte und eine Novellierung des EBG forderte.

1987 beschloss der Vorstand des nbeb unter dem Vorsitzenden Walter Ebbighausen auf Anregung seines Pädagogischen Beirates unter der Leitung von Günther Altmann in Kooperation mit dem Lehrgebiet Erwachsenenbildung der Universität Hannover ein Gutachten über „Struktur und Perspektiven der niedersächsischen Erwachsenenbildung“ zu erstellen. Ziel dieser Arbeit war eine Standortbestimmung, aus der sich zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen ableiten ließen.

Im Landesausschuss wurde im Jahr 1993 ein gemeinsames Positionspapier „Zur Situation der Erwachsenenbildung in Niedersachsen“ erarbeitet. Diese produktive Zusammenarbeit sowie ein Wechsel in der Leitung des Landesverbandes – Bernd Rebens wurde neuer Verbandsdirektor – begünstigten erneute Kontaktgespräche mit dem Ergebnis, dass der Landesverband der Volkshochschulen am 27. Juni 1994 wieder Mitglied des nbeb wurde.

1996 löste Dr. h.c. Jürgen Walter Klaus Schaede als Vorsitzenden des nbeb ab. Dies war auch ein Generationenwechsel. Angesichts der Kürzungen der staatlichen Finanzmittel spitzten sich die bildungspolitischen Kontroversen und die Konflikte mit der Landesregierung zu. Eine Folge der Sparmaßnahmen war die Auflösung der Geschäftsstelle des nbeb. Der Leiter der Verwaltungsstelle, Detlef Grote, übernahm Aufgaben der Ge-



„In Zukunft gewinnen die Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, der gemeinsamen Interessenvertretung nach außen und des Einsatzes der neuen Medien für den Niedersächsischen Bund an Bedeutung.“ Dr. h.c. Jürgen Walter

schäftsführung des nbeb. Die Verwaltungsstelle war seit 1997 außerdem zuständig für die Anerkennung von Bildungsurlaubsseminaren. Der nbeb intensivierte in den 1990er Jahren die Öffentlichkeitsarbeit – z. B. durch parlamentarische Abende und Ausstellungen, durch Veranstaltungen und Publikationen im Rahmen der EXPO sowie durch die Präsenz im Internet.

Die Perspektiven des nbeb skizziert Dr. h.c. Jürgen Walter zu Beginn seiner Amtszeit wie folgt:
„In Zukunft gewinnen die Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, der gemeinsamen Interessenvertretung nach außen und des Einsatzes der neuen Medien für den Niedersächsischen Bund an Bedeutung. Die Installation einer Homepage im Kulturserver Niedersachsen und die gemeinsame Präsentation der Erwachsenenbildung im Internet markieren erst den Anfang. Außerdem: Der Bund bietet ein Forum für die Koordinierung der Qualitätssicherungs- und Qualitätsentwicklungsstrategien seiner Mitglieder.“ (in: nbeb 1998, S. 5)

2004 bis heute: Veränderte Strukturen

Eine nachhaltige Strukturveränderung wurde 2004 durch neue gesetzliche Regelungen verordnet. Der Landesausschuss wurde aufgelöst und eine „Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung“ (AEWB) wurde eingerichtet. Geschäftsführer dieser Agentur waren zunächst Bernd Rebens und Detlef Grote, später

Ehrennadelträger

Seit 2008 verleiht der nbeb die Ehrennadel der niedersächsischen Erwachsenenbildung an Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise um die niedersächsische Erwachsenenbildung verdient gemacht haben. Geehrt werden Personen, die durch ihr Engagement, ihre Visionen und ihre Tatkraft im Laufe ihrer Berufsbiografie dafür gesorgt haben, dass die Erwachsenenbildung in Niedersachsen den jeweils aktuellen Herausforderungen gewachsen ist und sich zukunftsorientiert entwickeln kann. Neben der Ehrennadel erhalten die Preisträgerinnen und Preisträger die Bronzeskulptur „Menschenbild“ des Bildhauers Peter Marggraf.

Ausgezeichnet wurden bisher:

Hubert Stuntebeck (KEB)

Horst Siebert (Leibniz Universität Hannover)

Uta Gerweck (EEB)

Eugen Gehlenborg (MWK)

Hartwig Kemmerer (VHS)

Anne Dudek (VNB)



Prof. Dr. Dirk Lange und seit Januar 2014 Dr. Martin Dust. Wiederum ist diese Struktur der Erwachsenenbildung einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland.

Die AEWB ist zuständig für die Organisation der Qualitätssicherung, für Mitarbeiterfortbildung, für eine Vernetzung von Einrichtungen, für die Publikation einer Schriftenreihe „einBlick“ sowie für Verwaltungsaufgaben, wie z.B. auch die Verteilung von Projektfördermitteln u.a. für den Zweiten Bildungsweg, die Öffnung von Hochschulen und die Bildungsberatung. Mehrere pädagogische Mitarbeiter/-innen der Landesverbände der VHSn und der HVHSn wurden in der AEWB eingestellt. Seit der Auflösung der niedersächsischen „Landeszentrale für politische Bildung“ koordiniert die AEWB dieses Themenfeld für die Erwachsenenbildung, so ist z.B. ein „runder Tisch“ zur politischen Bildung eingerichtet worden. Zudem pflegt die AEWB Kontakte zu zahlreichen Akteuren und Verbänden in der Bildungslandschaft.

Die Einrichtung der AEWB hat das Aufgabenprofil des Niedersächsischen Bundes verändert, da auch die Verwaltungsstelle in der neu eingerichteten Agentur aufgegangen ist. Neben der Steuerung der AEWB verstärkt der nbeb seitdem die politische Interessensvertretung, auch die Öffentlichkeitsarbeit wurde weiter professionalisiert. Die Einschätzung von Dr. h.c. Jürgen Walter aus dem Jahr 1998 sollte sich als richtig erweisen, haben doch die neuen Medien eine zentrale Rolle in der Informationsvermittlung eingenommen. Dies war auch einer der Gründe, warum die seit 1967 erscheinende Zeitschrift nbeb-Magazin im Jahr 2004 eingestellt wurde. Die Homepage wurde weiterentwickelt und im Jahr 2012 den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Seit 2004 verleiht der nbeb regelmäßig Innovationspreise für besondere Projekte der niedersächsischen Erwachsenenbildung, seit 2007 wird ferner ein Sonderpreis „Medienkompetenz“, gesponsert durch die Niedersächsische Landesmedienanstalt und nordmedia, ausgeschrieben. Prägende Persönlichkeiten werden seit 2008 mit der „Ehrennadel der niedersächsischen Erwachsenenbildung“ geehrt. Außerdem ist der nbeb am „Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung“ beteiligt. Auch zum NDR-Rundfunkrat gehört ein Vertreter des nbeb.

Am 11.06.2014 ist Dr. h.c. Jürgen Walter erneut für zwei Jahre zum Vorsitzenden des nbeb gewählt worden. Seit 1996 als ehrenamtlicher Vorsitzender tätig, beeinflusst er durch diese Kontinuität das Profil des nbeb und fördert die bildungspolitische Anerkennung der öffentlichen Erwachsenenbildung. Seit November 2011 unterstützt Sabine Bertram als Vorstandsreferentin die Arbeit des Vorstands.

Aktuelle thematische Entwicklungen

1. Schwerpunkt Beratung

Angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung der Erwachsenenbildung und der Vielfalt der Bildungsangebote wächst das Interesse an einer Bildungsberatung, und es sind mehrere Beratungsstellen eingerichtet worden.

2. Schwerpunkt „Diversity“

Angesichts der Zunahme der Flüchtlinge, Zuwanderer und Migrant/-innen nimmt das Angebot der Integrations- und Sprachkurse und weiterer Inklusionsmaßnahmen zu. Außerdem erfolgt auch für die „einheimische“ Bevölkerung eine politisch-interkulturelle Bildungsarbeit.

3. Schwerpunkt Grundbildung

Mehrere international vergleichende Studien verweisen auf eine erstaunlich hohe Zahl der Analphabeten und eine geringe Grundbildung in unserem Land. Zahlreiche Projekte der niedersächsischen Erwachsenenbildung fördern diese Basisqualifikationen.

4. Schwerpunkt Gesundheitsbildung

Der demografische Wandel beinhaltet ein Wachstum der älteren Bevölkerung. Das Interesse an Kursen zur Gesundheitsförderung nimmt deutlich zu, ebenso die Bildungsangebote zur Altenbildung.

5. Schwerpunkt Demokratie

Politische Bildung in einem umfassenden Sinn ist weiterhin eine vorrangige Aufgabe der öffentlichen Erwachsenenbildung. Dazu gehören politische Strategien, politische Urteilsfähigkeit, Bereitschaft zur Mitbestimmung sowie zum Engagement für soziale Gerechtigkeit und ehrenamtliche Tätigkeiten.

6. Schwerpunkt E-learning

Eine Computerisierung der Lehr-Lernsituationen wird zum Normalfall auch für Erwachsenenbildung. Die meisten Erwachsenen sind in der Lage, sich durch die neuen Medien aktuelles Wissen anzueignen. Gleichzeitig wird kommunikatives seminaristisches Lernen

selten überflüssig. Ein „blended learning“ d.h. eine Vernetzung von E-learning mit sozialem „Face-to-face-Lernen“ gewinnt an Bedeutung.

7. Schwerpunkt Vernetzungen

Die Normalität des lebenslangen Lernens setzt eine Vernetzung der Erwachsenenbildung mit anderen Bildungseinrichtungen (Kitas, Hochschulen...), aber auch mit Vereinen und NGO's voraus. Die Erwachsenenbildung hat vor allem Lerntechniken zu vermitteln, um damit auch ein selbstgesteuertes informelles Lernen zu fördern.

8. Schwerpunkt „Umweltschutz“

Für die Jahre 2005 bis 2014 haben die Vereinten Nationen eine „Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ propagiert. Dazu gehören ökologische, aber auch sozial verträgliche und gesellschaftliche Reformen sowie nachhaltige Lebensgewohnheiten.

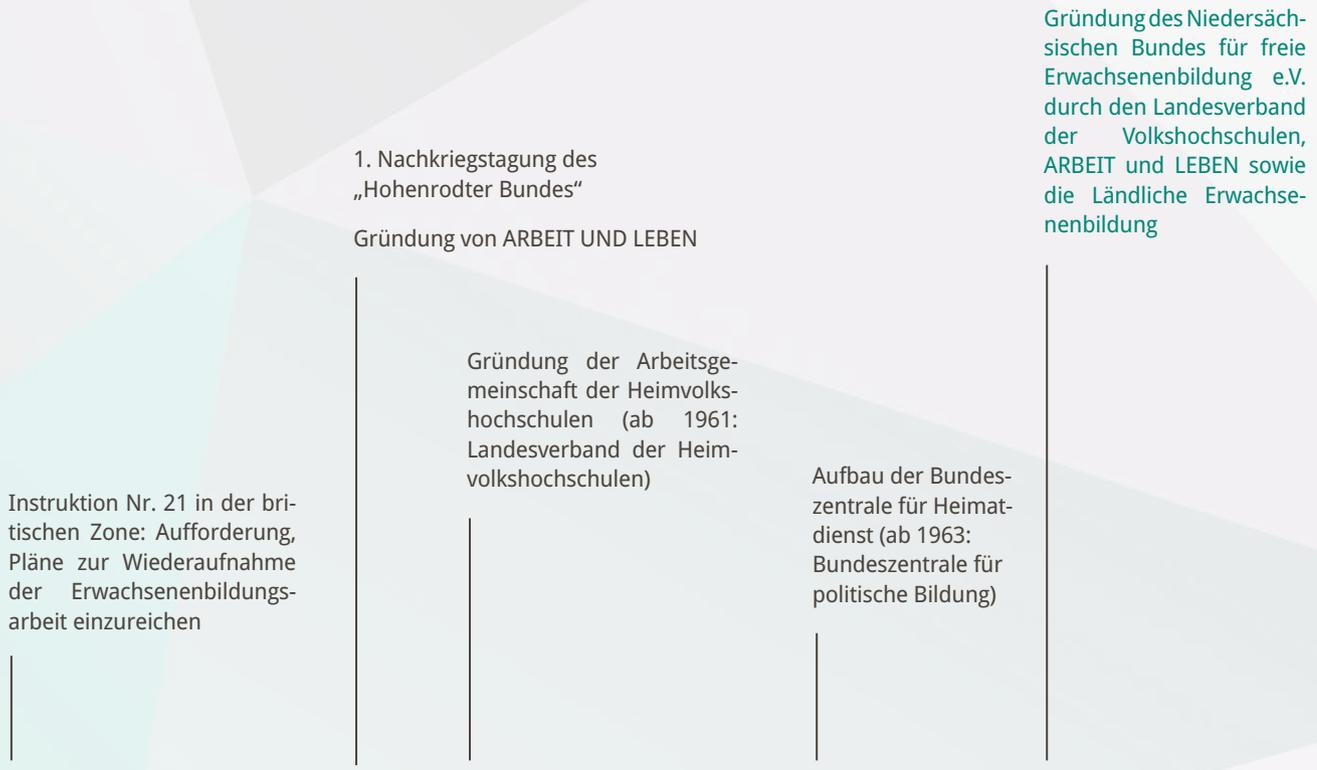
Fazit

Der Niedersächsische Bund ist ein produktives pluralistisches Netzwerk, eine Kooperation und Koordination mit einer Vielfalt von Themen und Methoden, von Leitideen und Kompetenzangeboten. Eine gemeinsame Grundlage der beteiligten Einrichtungen ist eine zeitgemäße Bildungsidee.

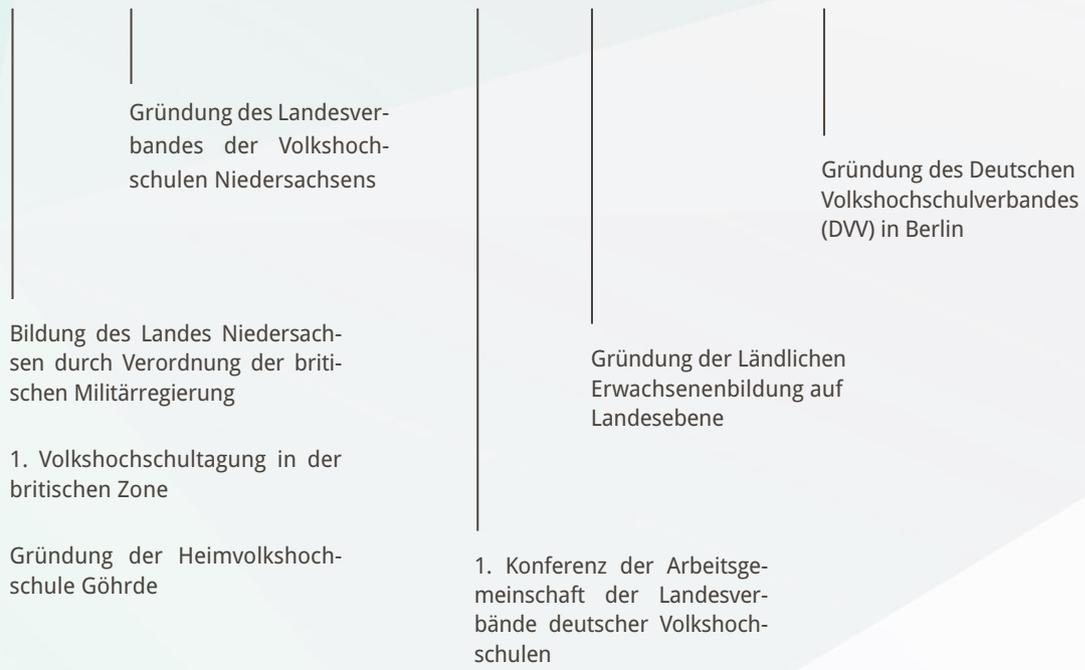
Bildung beinhaltet die Unterstützung von Selbstbestimmung und Emanzipation, aber auch die Förderung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit.

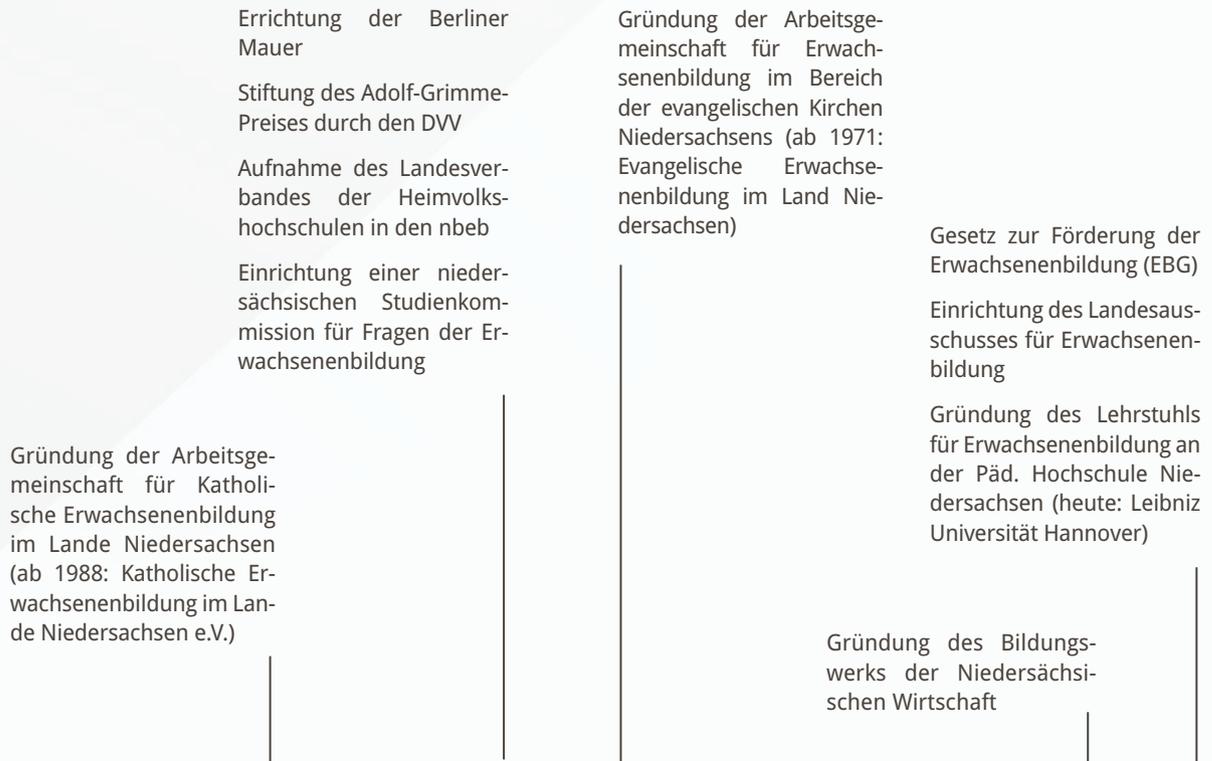
Die Erwachsenenbildung des Niedersächsischen Bundes ist alltagspraktisch, lebensdienlich und gesellschaftlich nützlich. Sie fördert anregende Sozialkontakte und die Lebensqualität. Ein dem nbeV vergleichbarer pluralistischer Verbund existiert in keinem anderen Bundesland.

Zeitleiste



1945 1946 1947 1948 1949 1950 1951 1952 1953 1954





1955 1956 1957 1961 1964 1965 1966 1968 1969 1970

„Düsseldorfer Abkommen“ der Ministerpräsidenten der Bundesländer zur Vereinheitlichung des Bildungswesens

Gründung der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV

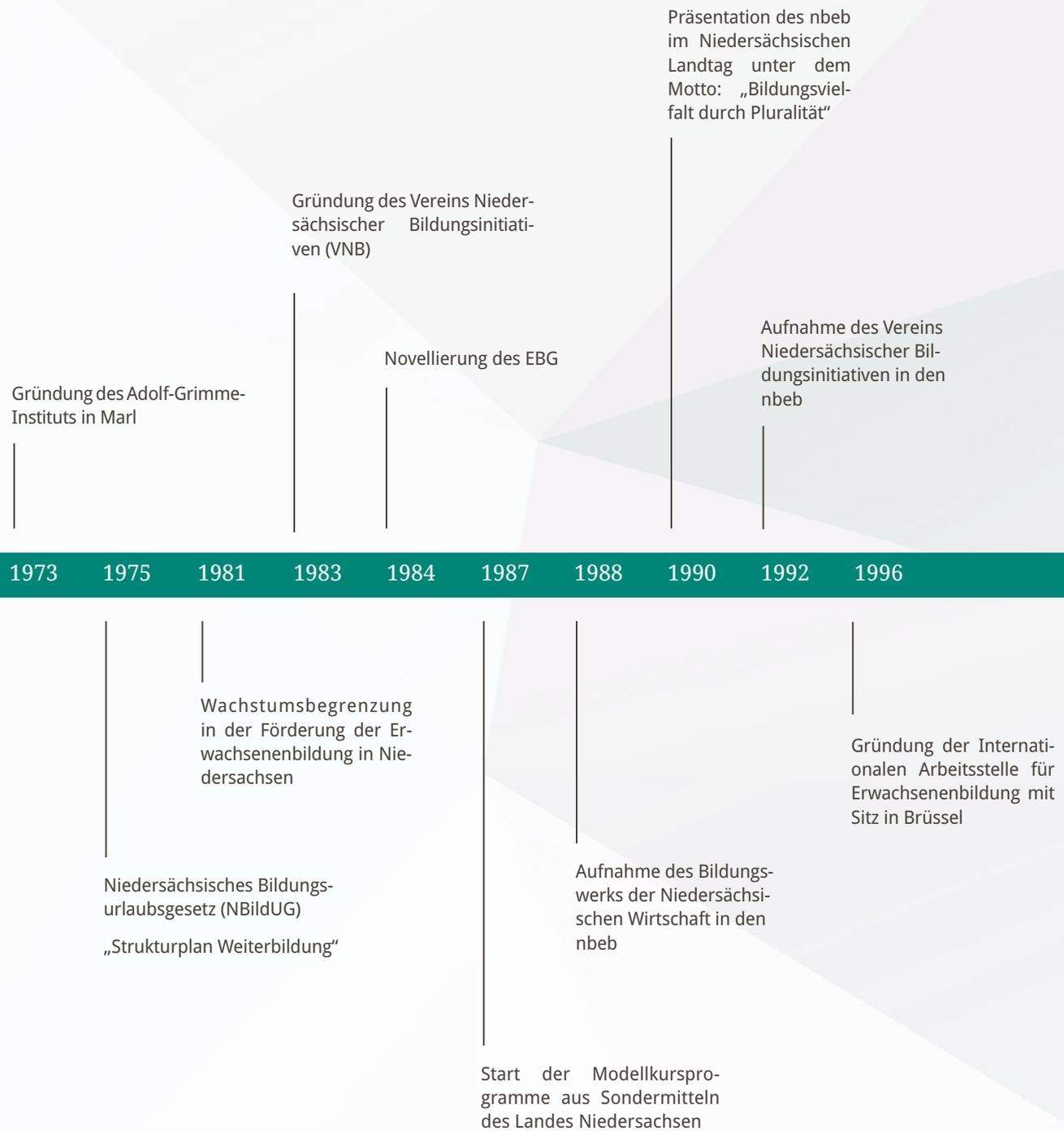
Veröffentlichung des Gutachtens „Zur Entwicklung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen“

Aufnahme der Katholischen Erwachsenenbildung in den nbeb

Aufnahme der Evangelischen Erwachsenenbildung in den nbeb

Gründung des Bildungswerks der DAG im Lande Niedersachsen (ab 2001: Bildungswerk ver.di)

Aufnahme des Bildungswerks der DAG in den nbeb



Novellierung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (EBG)

1997

Die AEWB nimmt ihre Arbeit auf: gemeinsam mit dem nbeb in der Bödekerstraße 18 in Hannover

2000

2005

2006

2007

2008

Verleihung der Ehrennadel an Hubert Stuntebeck (KEB)

Verleihung der Ehrennadel an Eugen Gehlenborg (MWK).

2010

2011

2012

2013

Der nbeb verleiht zum vierten Mal den Innovationspreis zum Thema „Partizipation und politische Bildung“

Verleihung der Ehrennadel an Anne Dudeck (VNB) und Hartwig Kemmerer (VHS Hildesheim).

Im Rahmen einer Novelle wird aus dem EBG das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG)

Erneute Novellierung des NEBG: die Gründung der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) in Trägerschaft des nbeb wird gesetzlich verankert

Der nbeb verleiht zum ersten Mal den Innovationspreis zum Thema „Innovative Erwachsenenbildung“

Der nbeb verleiht zum zweiten Mal den Innovationspreis zum Thema „Integration“

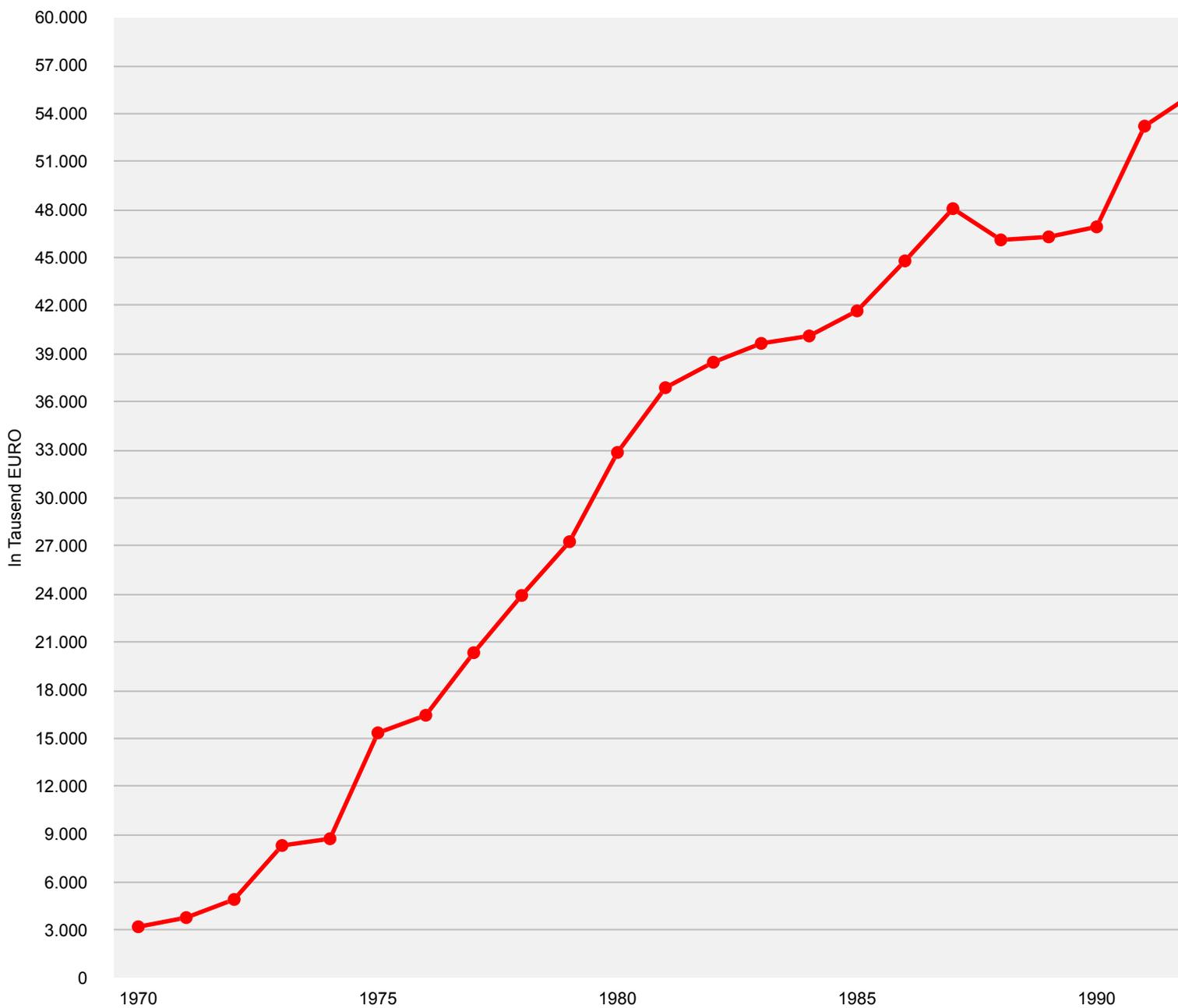
Der nbeb verleiht zum dritten Mal den Innovationspreis zum Thema „Bildungsberatung“

Verleihung der Ehrennadel an Prof. Dr. Horst Siebert (Leibniz Universität Hannover)

Der nbeb verleiht die Ehrennadel an Uta Gerweck (Migrationszentrum Göttingen).

Entwicklung der Haushaltsansätze

Haushaltsansätze für die Basisförderung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen auf Grundlage des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) von 1970 bis 2014

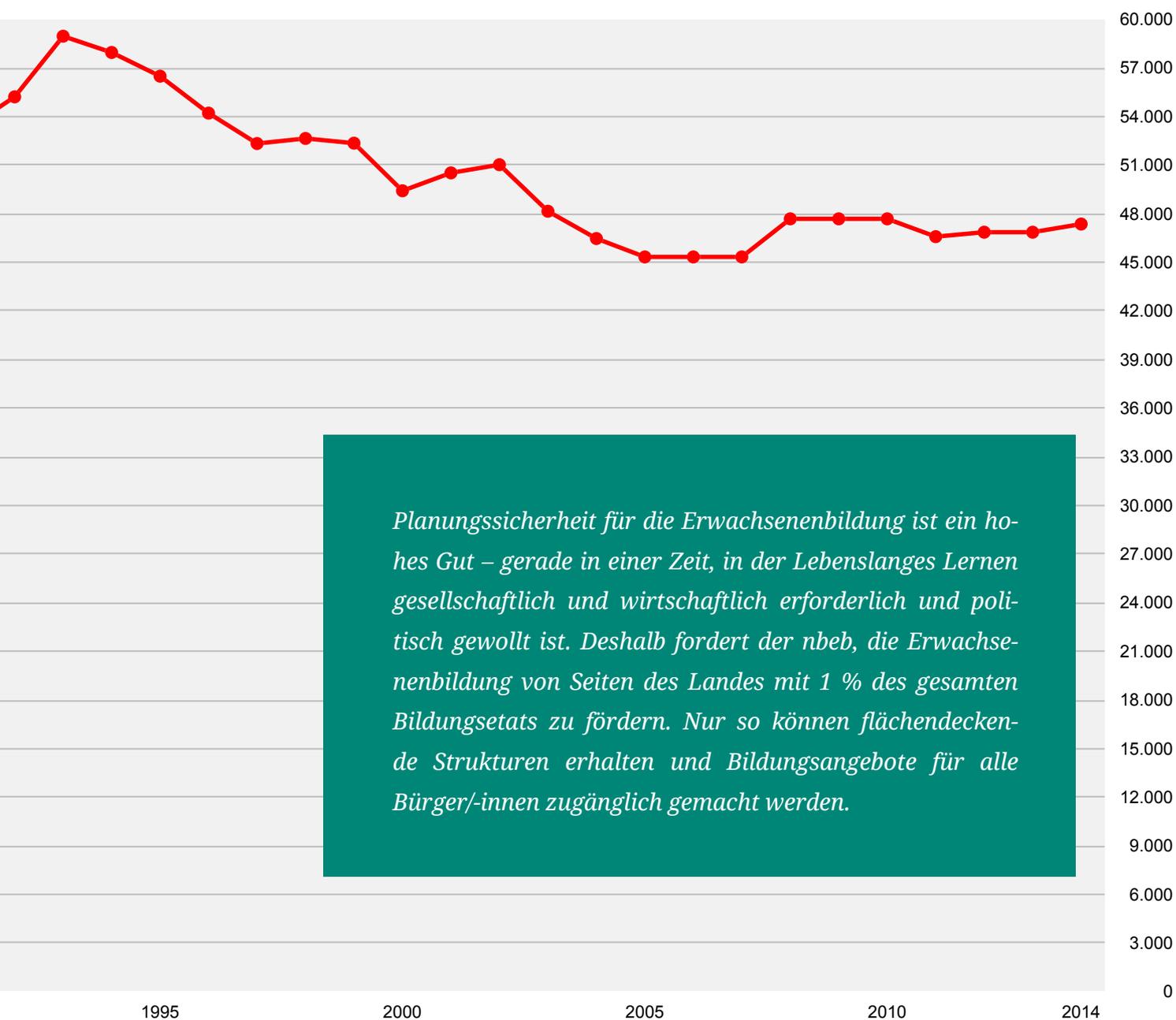


Auch wenn die niedersächsische Erwachsenenbildung bereits in den 1960er Jahren von Seiten des Landes Finanzhilfe für ihre Arbeit bekam, wurden doch erst durch das Inkrafttreten des Erwachsenenbildungsgesetzes im Jahr 1970 verlässliche Strukturen geschaffen. Bis zum Jahr 1993 stieg die Summe der Landesmittel recht kontinuierlich an.

Knapper werdende finanzielle Ressourcen im öffentlichen Haushalt ließen die Mittel danach jedoch wieder absinken. Als dann ab dem Jahr 2000 auch die Personalkosten der hautberuflichen Mitarbeiter/-innen nicht mehr zu 100 % übernommen wurden, führte dies in den Einrichtungen selbst zu einigen Umstrukturierungen und zur Ausdünnung von Geschäftsstellen. Die

Einrichtung der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung im Jahr 2004 und die damit verbundene Zentralisierung bestimmter Aufgabenbereiche, die vormals jede Einrichtung eigenverantwortlich betreut hatte, war auch in diesem Kontext eine wichtige Maßnahme.

Doch selbst wenn sich die so genannte „Fieberkurve“ nun seit 2004 auf einem im Vergleich zu 1970 stabilen hohen Niveau zwischen 45 Mio. und 48 Mio. Euro eingependelt hat, so bleibt zu konstatieren, **dass Niedersachsen im Jahr 2014 nur insgesamt 0,57 % des gesamten Bildungsetats für die Erwachsenenbildung aufwendet. Insgesamt Dreiviertel ihrer Gesamteinnahmen bestreiten die Einrichtungen aus Teilnahmebeiträgen und zeitlich begrenzten Projektmitteln.**



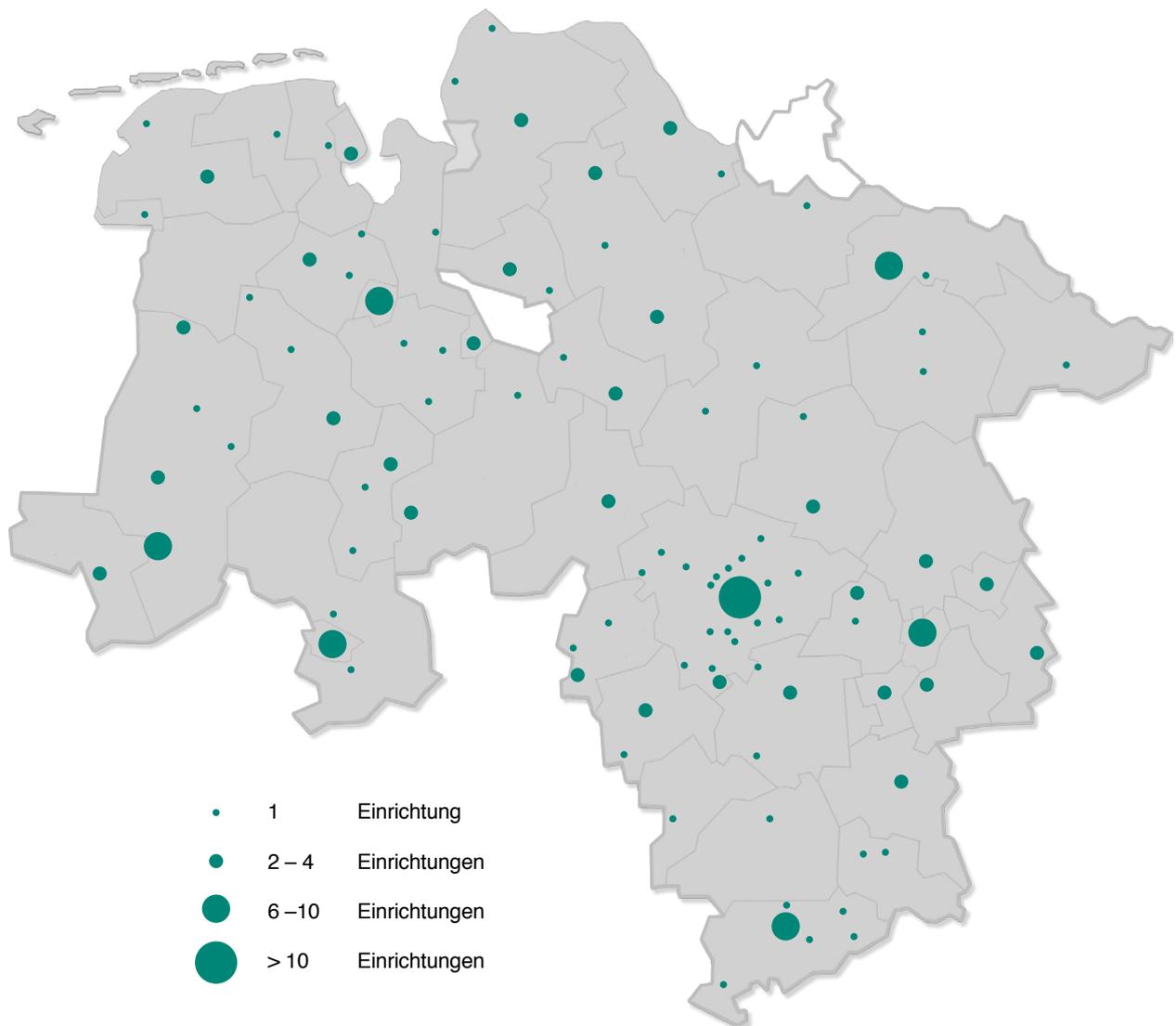
Planungssicherheit für die Erwachsenenbildung ist ein hohes Gut – gerade in einer Zeit, in der Lebenslanges Lernen gesellschaftlich und wirtschaftlich erforderlich und politisch gewollt ist. Deshalb fordert der nbeb, die Erwachsenenbildung von Seiten des Landes mit 1 % des gesamten Bildungsetats zu fördern. Nur so können flächendeckende Strukturen erhalten und Bildungsangebote für alle Bürger/-innen zugänglich gemacht werden.





GEGENWART

Flächendeckend Leistungsstark



Die Niedersächsische Erwachsenenbildung in Zahlen:

- 60 Volkshochschulen, 23 Heimvolkshochschulen sowie 7 Landeseinrichtungen
- insgesamt 221 Zweigstellen in 106 niedersächsischen Städten und Gemeinden
- 2.895.752 Unterrichtsstunden und 238.936 Teilnehmertage im Jahr 2012
- 1.416.152 Teilnehmende im Jahr 2012
- rund 3.000 hauptamtliche und mehr als 25.000 nebenberufliche Mitarbeiter/-innen



**Agentur für
Erwachsenen-
und Weiterbildung**

„Lebenslanges Lernen an der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Praxis“

Die AEWB ist eine organisatorisch selbstständige Stelle nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG), die vom nbeb getragen wird. Ihre Arbeit orientiert sich an einem emanzipatorischen Bildungsverständnis sowie an den demokratischen und humanitären Werten der Aufklärung.

Die AEWB bietet ein breites Dienstleistungsspektrum für die niedersächsische Erwachsenenbildung. Qualifiziertes Personal aus Verwaltung, Bildungsmanagement, Pädagogik und Wissenschaft ist hierfür die wichtigste Ressource. Im Fokus der Dienstleistungen der AEWB stehen insbesondere die anerkannten Einrichtungen der niedersächsischen Erwachsenenbildung. Weitere Adressaten sind das Land Niedersachsen, die Kommunen, die Institutionen der Zivilgesellschaft sowie die Vertreter/-innen der politischen, wissenschaftlichen und medialen Öffentlichkeit.

Dementsprechend vielfältig gestaltet sich das Angebotsportfolio der AEWB:

- Sie versteht sich als Ansprechpartnerin für alle Fragen zum Niedersächsischen Erwachsenenbildungsrecht.
- Sie vergibt die öffentlichen Mittel, die das Land Niedersachsen für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stellt, und überprüft ihre Verwendung.
- Sie berät bei Anträgen auf Bildungs- und Sonderurlaub und entscheidet über die Anerkennung.
- Sie informiert über zusätzliche Fördermittel und Projektfinanzierungen (z. B. der EU).

- Sie ist zuständig für die Bescheinigungen bei Anträgen auf Umsatzsteuerbefreiung.
- Sie bietet den Mitarbeiter/-innen der Erwachsenenbildung vielfältige Fortbildungen in allen wichtigen Arbeitsbereichen.
- Sie unterstützt und begleitet die Einrichtungen bei ihrer Qualitätsentwicklung und Evaluation. Darüber hinaus bietet sie mit AZAVplus ein Zertifizierungsverfahren an, das den Anforderungen nach § 10 NEBG entspricht.
- Sie initiiert und betreut Projekte und fördert die Kooperation der verschiedenen Bildungsbereiche (Frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung).
- Sie vertritt und vernetzt die niedersächsische Erwachsenenbildung in nationalen und internationalen Arbeitskreisen, Verbänden und Vereinigungen.

Die AEWB, die nach LQW qualitätstestiert ist, stellt Materialien, Arbeitshilfen und Informationen zu verschiedenen Themenbereichen zur Verfügung. Die Publikationsreihen „einBlick“: Themenhefte der AEWB und „Aktuelles aus Erwachsenen- und Weiterbildung“ (W. Bertelsmann-Verlag) setzen inhaltliche Schwerpunkte und geben Impulse für zukünftige Handlungsfelder.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten der AEWB erhalten Sie unter:
www.aewb-nds.de

Im Dienste der niedersächsischen Erwachsenenbildung: die Agentur für Erwachsenen und Weiterbildung

Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) ist eine bundesweit einmalige Institution. Nur in Niedersachsen gibt es eine zentrale Dienstleistungsorganisation für die Erwachsenenbildung, deren Einrichtung gesetzlich festgeschrieben ist und die von einem Dachverband, dem Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V., getragen wird. Ihrem Auftrag, festgelegt durch das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) und weitere vertragliche Vereinbarungen, kommt die AEWB seit 2006 im Interesse der niedersächsischen Erwachsenen- und Weiterbildung auf vielfältige Weise nach.

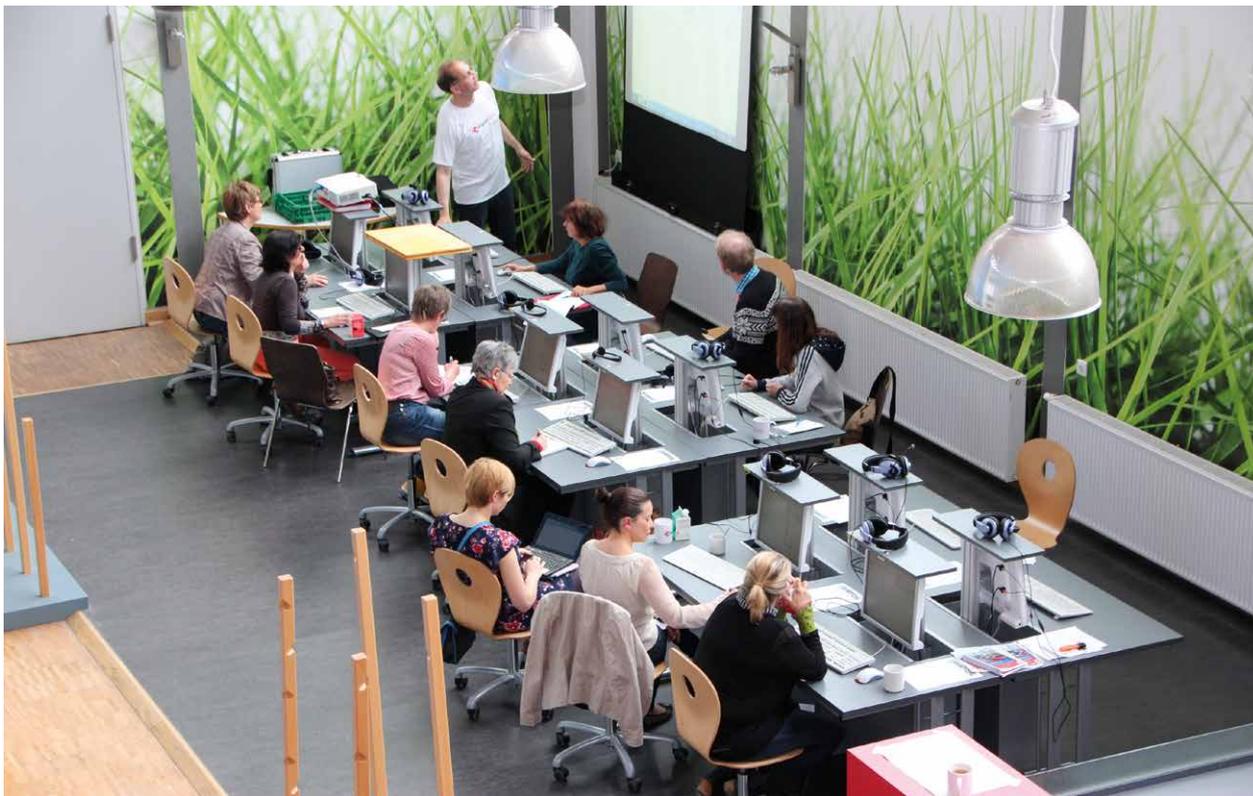


Die Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Praxis

Mit der AEWB ist in Niedersachsen die Schnittstelle zwischen Erwachsenenbildungspolitik und -praxis institutionell besetzt. Die Agentur erfüllt öffentlich-rechtliche Aufgaben, die ihr vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) übertragen worden sind und versteht sich gleichzeitig als Dienstleisterin für die anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Die AEWB zeichnet sich folgerichtig durch ein komplexes Aufgabenspektrum aus: Sie bietet Mitarbeiter/-innen der Erwachsenenbildung vielfältige Fortbildungen in allen wichtigen Arbeitsbereichen an. Darüber hinaus entwickelt sie im Austausch mit den Einrichtungen pädagogische Konzepte und Modellprojekte und betreut deren Umsetzung. Zudem berät sie bezüglich pädagogischer und organisationaler Themen und verantwortet eine Reihe von Prüfungs- und Anerkennungsverfahren.

Herausforderungen für die Erwachsenenbildung

Die AEWB ist demnach eine Institution der Fortbildung, der Entwicklung, der Beratung und sowie der Prüfung und Anerkennung. Sie vollzieht diese Aufgaben für einen Teilbereich des Bildungswesens, der durch einen hohen Grad an Pluralität gekennzeichnet ist. Schließlich umfasst die niedersächsische Erwachsenenbildung in öffentlicher Verantwortung Einrichtungen, die sich in Form, Tradition, Selbstverständnis und Angebot zum Teil deutlich unterscheiden. Gemeinsam sehen sie sich jedoch einem Veränderungsdruck ausgesetzt, der durch den gesellschaftlichen Wandel und neue Anforderungen an das Bildungswesen provoziert wird. So haben die Debatten um Lebenslanges Lernen, die Professionalisierung des Weiterbildungspersonals oder die



„Die Fachtagungen und Foren der AEWB werden nicht nur von den Erwachsenenbildner/-innen wahrgenommen sondern erreichen auch die breitere Fachöffentlichkeit, nicht nur in Niedersachsen“

Anerkennung non-formalen bzw. informellen Lernens Auswirkungen auf die gesamte Erwachsenenbildung. Die AEWB versucht diese Themen für die Einrichtungen aufzuarbeiten, sei es über Fortbildungen oder Fachtagungen, Modellprojekte oder Publikationen. Sie bringt die beteiligten Akteure aus Praxis, Wissenschaft und Politik an einen Tisch, bemüht sich um Vernetzung, Vermittlung und Übersetzung. Und selbstverständlich kümmert sie sich um den Transfer in die Fläche.

Leistungen mit besonderer gesellschaftlicher Bedeutung

Das Land Niedersachsen fördert nach dem NEBG Erwachsenenbildungsangebote, die einem besonderen gesellschaftlichen Interesse dienen. Dies trifft zum Beispiel auf Angebote zur Alphabetisierung, zum Nachholen von Schulabschlüssen oder in der politischen Bildung zu. Häufig reicht diese grundständige Förderung jedoch nicht aus. So haben zuletzt einige groß angelegte Vergleichsstudien gezeigt, welche eklatanten Grundbildungsdefizite oder extremistischen Haltungen sich in überraschend breiten Teilen der Bevölkerung finden. Um diesen Realitäten angemessen begegnen zu können, müssen umfangreichere Anstrengungen unternommen werden, etwa im Hinblick auf Ressourcen, neue Konzepte oder den Wissenstransfer. Die AEWB agiert auch hier als Schnittstelle zwischen den Erwar-

tungen des Landes und der Praxis der Einrichtungen. Sie prüft die Vergabe zusätzlicher Landesmittel und initiiert Modellprojekte, die sie gemeinsam mit den Einrichtungen umsetzt (etwa die Bildungsberatungsstellen, die Regionalen Grundbildungszentren und die Demokratiezentren der niedersächsischen Erwachsenenbildung).

Öffentlich-rechtliche Aufgaben

In den Bereich der Prüfung und Anerkennung fällt die Bewertung der Bildungsarbeit der anerkannten Einrichtungen, an deren Erfüllung das Land ein Interesse hat und für die es finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. In der AEWB wird auch über die Anerkennung von Veranstaltungen nach dem Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz (NBildUG) für Arbeitnehmer/-innen und über Anträge auf Anerkennung von Politischen Weiterbildungsveranstaltungen nach der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung für Landes- und Kommunalbeamte/-innen entschieden. Die AEWB ist des Weiteren die zuständige Landesbehörde zur Befreiung einzelner beruflicher Bildungsmaßnahmen von der Umsatzsteuer in Niedersachsen und vergibt das Gütesiegel für Qualifizierungsmaßnahmen von Tagespflegepersonen. Seit Mai 2014 bietet die AEWB darüber hinaus ein selbst entwickeltes Zertifizierungsverfahren für das Qualitätsmanagementsystem von Erwachsenenbildungseinrichtungen an. Mit diesem AZAVplus kann eine Einrichtung nachweisen, dass sie ihr AZAV-geprüftes QM-System, eine Voraussetzung, um von der Agentur für Arbeit geförderte Bildungsdienstleistungen anbieten zu können, auch im NEBG-Bereich umsetzt. Die bisher notwendige Doppelzertifizierung mit erhöhtem internem Aufwand und zusätzlichen Kosten für die Einrichtungen gehört damit der Vergangenheit an.



Schwerpunkte gemeinsam setzen

Die genannten Beispiele verdeutlichen das Selbstverständnis der AEWB als Dienstleisterin für die niedersächsische Erwachsenenbildung. Dass dabei nicht jeder Themenbereich abgedeckt und jede Herausforderung angegangen werden kann, dass Erwartungen somit unerfüllt bleiben, ist leider unvermeidlich. Die AEWB versucht aber durch die Festlegung strategischer Entwicklungsziele, bei deren Formulierung die Bedarfe der Einrichtungen, die Anforderungen des Landes und die Vorstellungen des Trägers eine wichtige Rolle spielen, adäquate Schwerpunkte zu setzen. Die Zahlen stimmen optimistisch. Jedes Jahr bietet die AEWB 150 – 200 Fortbildungen an, an denen über 1.500 Mitarbeiter/-innen der niedersächsischen Erwachsenenbildung teilnehmen. Die Fachtagungen und Foren der AEWB werden nicht nur von den Erwachsenenbildner/-innen wahrgenommen sondern erreichen auch die breitere Fachöffentlichkeit, nicht nur in Niedersachsen. Der Haushalt der Agentur konnte in den vergangenen Jahren durch zusätzlich eingeworbene Gelder fast verdoppelt werden. Diese Mittel werden im weit überwiegenden Maße an die Einrichtungen weitergeleitet, damit diese Bildungsprojekte vor Ort umsetzen können. Newsletter sowie Arbeits- und Planungshilfen runden das Angebot an die Einrichtungen ab, während Publikationen, wie etwa die „einBlick“ Themenhefte, die Leistungen der niedersächsischen Erwachsenenbildung bekannter machen sollen.



Text: Dr. Martin Dust und Dr. Janou Glencross



Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN
Niedersachsen e. V.

„Zeit für Bildung“

Die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V. wurde im Jahr 1948 durch die Arbeitsgemeinschaft des Landesverbandes der Volkshochschulen und den Landesbezirk Niedersachsen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegründet. Vier gemeinnützige gGmbHs (Ost, Mitte, Nord, Süd) kümmern sich niedersachsenweit um das operative Geschäft.

Die vielfältige Bildungsarbeit von ARBEIT UND LEBEN zielt ab auf die gesellschaftliche und individuelle Emanzipation der Teilnehmenden sowie auf soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Teilhabe. Im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens wird die Bildungsarbeit kontinuierlich im Kontext o.g. Ziele, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen sowie der Interessen der Teilnehmenden entwickelt und ausgebaut. Dabei stehen Arbeitnehmer/-innen als Hauptzielgruppe besonders im Fokus. Daneben werden Schulungen für Betriebsräte, Beratungen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sowie spezielle Angebote für Jugendliche und Ältere angeboten.

Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen insbesondere auf der politisch-kulturellen, der allgemeinen und der beruflichen Bildung. Das Themenspektrum reicht von Seminaren zu Arbeit, Freizeit und Familie, Politik und Gesellschaft, Ökologie, Gefährdungen der Demokratie und Neue Medien über Sprach- und Integrationskurse bis hin zu Maßnahmen zum Nachholen von Schulabschlüssen, zur Vorbereitung auf den Hochschulzugang ohne Abitur oder zur Fortbildung in den Berufsbereichen Metall, Bau, Elektro, Gastronomie, Physiotherapie, Altenpflege und Technische Assistenten. Darüber hinaus unter-

stützt ARBEIT UND LEBEN Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben. Verschiedene EU-Projekte sowie Sonderprojekte wie die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte oder die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt ergänzen das umfangreiche Bildungsangebot. Die Arbeit in dem seit Jahren bestehenden Aufgabenschwerpunkt Demografie haben wir gemäß seiner Bedeutung ergänzt durch die Unterstützung und Mitarbeit in der „Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH“. Die betrieblich relevante Bildungs- und Beratungsarbeit führt ARBEIT UND LEBEN Nds. mit und für die Agentur durch.

Programme und Borschüren, Vorträge und Informationsveranstaltungen, Bildungsberatung und Internetauftritte sorgen für eine Öffentlichkeitsarbeit, die durch Fachtagungen, Presseveröffentlichungen sowie die Mitgliedschaft in thematisch verwandten Gremien und Verbänden ergänzt wird. Kooperationen zu Agenturen für Arbeit und Jobcenter, Gewerkschaften, Kammern sowie zu verschiedenen Ministerien, Betrieben und Hochschulen ermöglichen eine Bildungsarbeit mit hohem Praxisbezug.

ARBEIT UND LEBEN arbeitet nach den Prinzipien einer „Lernenden Organisation“. Im Rahmen der Qualitätssicherung ist sie sowohl nach LQW als auch nach AZWW zertifiziert. Zudem ist sie anerkannt als Träger der freien Jugendhilfe. Darüber hinaus befördern Teilnehmerbefragungen die Organisationsentwicklung.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten von ARBEIT UND LEBEN erhalten Sie unter: www.arbeitundleben-nds.de

Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt

„Wir wollen eine Gesellschaft, die auf Solidarität gründet und als soziale Demokratie lebt. Unser Menschenbild wurzelt in der Aufklärung und sieht den Menschen als aktives, vernunftbegabtes Wesen. In diesem Menschenbild sind Humanität und solidarisches Handeln als menschliche Eigenschaften angelegt. Wir wollen dazu beitragen, alle Gefährdungen der sozialen Demokratie, besonders aber die Bedrohungen durch Rassismus und Rechtsextremismus, abzuwehren.“

Aus dem Leitbild von ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen

Seit der Gründung der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen im Jahr 1948 ist die politische Bildung Teil ihres Kerngeschäfts. Unter dem noch frischen Eindruck des Terrors der Nationalsozialisten hat sie sich bereits in dieser Zeit aktiv gegen Rechtsextremismus und Gewalt eingesetzt. Später wurde dieses Engagement durch die Gründung der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig und des Zentrums Demokratische Bildung (ZDB) in Wolfsburg verstärkt. Beide Arbeitsbereiche sind Institutionen, die sich sowohl regional als auch bundesweit für eine demokratische und tolerante Zivilgesellschaft einsetzen.

Die Arbeit der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig

Die ARUG wurde 1994 als Projekt der Geschäftsstelle von ARBEIT UND LEBEN in Braunschweig gegründet und stellt seitdem einen besonderen Schwerpunkt im Bereich politischer Bildung der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Ost gGmbH dar. Seit 1999 bildet sie eine eigenständige Abteilung, die sowohl anerkannter Träger der Erwachsenenbildung, als auch Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen ist.

Ausgehend von der praktischen Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen von Kursangeboten des zweiten Bildungsweges entstanden die Arbeitsfelder „Rechtsextremismus“ und „Gewalt“ zunächst als Reaktion auf eine Zunahme von Gewaltbereitschaft und Rechtsorientierung unter den Teilnehmenden. Aus einer intensiven Einzelfallarbeit mit besonders offensiv agierenden Teilnehmenden ergab sich rasch die Notwendigkeit, diese Arbeit in einem strukturierten Rahmen weiterzuführen und zu vertiefen.





„Die ARUG stellt innovative und modellhafte Formen beteiligungsorientierter politischer Bildung bereit und qualifiziert alle Interessierten in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen.“

Bildungsangebote, Ausstiegshilfen, Präventionskonzepte, Informationen, Fortbildungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Beratungsangebote möchten Menschen aller Altersstufen zu demokratischer Teilhabe befähigen mit dem Ziel, die Demokratieentwicklung zu fördern. Die ARUG stellt innovative und modellhafte Formen beteiligungsorientierter politischer Bildung bereit und qualifiziert alle Interessierten in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen.

Durch die unterschiedlichen Arbeitsfelder erschließen sich komplexe Zusammenhänge und Zugänge in Prävention und Intervention. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, eine umfassende Beratung anzubieten und auch auf aktuelle rechtsextreme Erscheinungsbilder einzugehen. Die ARUG ist mehrfach für ihre Arbeit ausgezeichnet worden, u.a. mit dem Hauptpreis des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sowie mit dem Präventionspreis der Stadt Braunschweig.

Die Arbeit des Zentrums für Demokratische Bildung in Wolfsburg

Das 2011 neu eröffnete „Zentrum Demokratische Bildung“ (ZDB) in Wolfsburg ist ein Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“. Die Außenstelle der ARUG



Zentrum für demokratische Bildung Wolfsburg – Arbeitsfelder –

arbeitet speziell im Themenbereich „Arbeit mit rechts-extremistisch gefährdeten Jugendlichen“, wobei der Fokus auf der Weiterentwicklung der Bildungsarbeit weg von der Perspektive „GEGEN Rechtsextremismus“ hin zu Position „PRO Demokratie“ liegt.

Die Geschichte des Gebäudes unterstreicht diese Arbeit: Eine ehemals von Rechtsextremisten mit dem Ziel, ein „KDF-Museum“ einzurichten, anvisierte Immobilie erhielt durch die Stadt Wolfsburg ein neues, bundesweit modellhaftes Nutzungskonzept: Politische

Bildung als demokratiefördernde Ressource. Im Mittelpunkt standen und stehen sowohl die Entwicklung als auch der Einsatz von Konzepten der Demokratie- und Anerkennungspädagogik, der Menschenrechtsbildung, der Demokratielotsenausbildung sowie der Peer-Education. Das ZDB, in dem verschiedene Akteure aktiv sind, möchte staatliche und nicht-staatliche Akteure zusammenbringen mit dem Ziel, sich gemeinsam für eine stabile Demokratie zu engagieren.

Text: Reinhard Koch

„Für jeden das Richtige – durch Begleitung, Beratung und Orientierung, Qualifizierung, Integration, Aus-, Fort- und Weiterbildung“



Bildungswerk der
Niedersächsischen Wirtschaft
gemeinnützige GmbH

Das BNW wurde 1969 durch das Institut der Norddeutschen Wirtschaft, die Unternehmerverbände Niedersachsen, NiedersachsenMetall – Verband der Metallindustriellen Niedersachsens und die Allgemeine Arbeitgebervereinigung Hannover und Umgebung gegründet. Heute wird das BNW von insgesamt 24 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden getragen. Mit über 1.000 Mitarbeitern an mehr als 60 Standorten ist das BNW einer der größten Bildungsdienstleister in Niedersachsen. Aufgrund seiner Größe und Bekanntheit sieht sich das BNW in der Mitverantwortung für die Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Von der Schule bis ins Rentenalter begleitet und fördert das BNW die unterschiedlichsten Bildungs- und Berufsbiografien. Dabei versteht es sich als Demografiedienstleister, der gezielt Fachkräfte von morgen qualifiziert und damit einen grundlegenden Beitrag zur Zukunftssicherung von Unternehmen leistet.

Die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn werden in der Schule gelegt. Als Mittler zwischen den Lernorten Schule und Beruf unterstützt das BNW Jugendliche bei der Vorbereitung auf den Berufseinstieg. Ob Kompetenzfeststellungen, Berufsorientierung oder Berufsvorbereitung – Praxisnähe zeichnen die Angebote des BNW aus. Jugendliche mit besonderem Förderbedarf unterstützt das BNW in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und führt sie so Schritt für Schritt an die Arbeitswelt heran. Auch über den Schulabschluss hinaus bleibt das BNW als Unterstützer erhalten. Das BNW fördert und begleitet von der Bewerbung bis zum Ausbil-

dungsabschluss und gibt Möglichkeiten zur fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung.

Das BNW bringt Arbeitsuchende und offene Stellen zusammen: Durch Beratung, Training und Qualifizierung werden dafür die Voraussetzungen geschaffen. Ob Alleinerziehende, Zuwanderer oder Menschen mit Handicap – das BNW fördert individuell und bedarfsgerecht auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Mit Sprachkursen begleitet das BNW speziell Migranten bei der sozialen und beruflichen Integration.

Schulleitungen und Lehrkräfte unterstützt das BNW im Qualitätsentwicklungsprozess ihrer Schulen. Ob ganztätig Lernen, Inklusion oder Unterrichtsgestaltung: Das BNW steht für ein auf aktuelle Herausforderungen zugeschnittenes Fortbildungsprogramm.

Mitarbeiter finden, vorbereiten und coachen und sie in ihrer beruflichen Entwicklung begleiten – um Unternehmen bei der Bewältigung demografischer Herausforderungen zu unterstützen, bietet das BNW ein differenziertes Beratungs-, Qualifizierungs- und Trainingsangebot. In Seminaren, Inhouse-Schulungen und Lehrgängen bildet das BNW Fach- und Führungskräfte in ganz Niedersachsen weiter.

Seit 1988 ist das BNW Mitglied des Niedersächsischen Bunds für freie Erwachsenenbildung. Über verschiedene Bildungsverbände ist das BNW bundesweit gut vernetzt.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten des BNW erhalten Sie unter: www.bnw.de

Aus der Schule in den Beruf – damit dieser Übergang funktioniert, setzt das BNW auf frühzeitige Förderung

Auf der einen Seite unbesetzte Ausbildungsstellen, auf der anderen Seite Jugendliche ohne Job und Perspektive. In den Medien wechseln sich regelmäßig beide Meldungen ab. Arbeitslosigkeit trotz offener Stellen? Grund dafür sind meist mangelnde Qualifikation oder Ausbildungsreife der jugendlichen Bewerber. Es sind vor allem Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitswelt, die diese Entwicklung begünstigen. Die Anforderungen in Lehrberufen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die Ansprüche der Betriebe an das Leistungsniveau der Bewerber ebenfalls. Begünstigt hat das auch der Überhang an qualifizierten Bewerbern noch vor wenigen Jahren. Waren Bewerbungen von Abiturienten damals die Regel, sind es heute vor allem Haupt- und Realschüler, die sich um Ausbildungsplätze bewerben. Denn zum einen sinkt die Zahl der Schüler und Schulabgänger insgesamt, zum anderen entscheiden sich immer mehr Abiturienten für ein Studium.

In einer alternden Gesellschaft, in der die Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte zunehmend sinkt, gilt es, für jeden Jugendlichen das Richtige zu finden. Das heißt: Förderung so früh wie möglich. Denn die Fachkräfte von morgen sitzen heute in den Schulen. Je anschaulicher, praxisbezogener und lebendiger die berufliche Orientierungsphase ausfällt, desto besser.

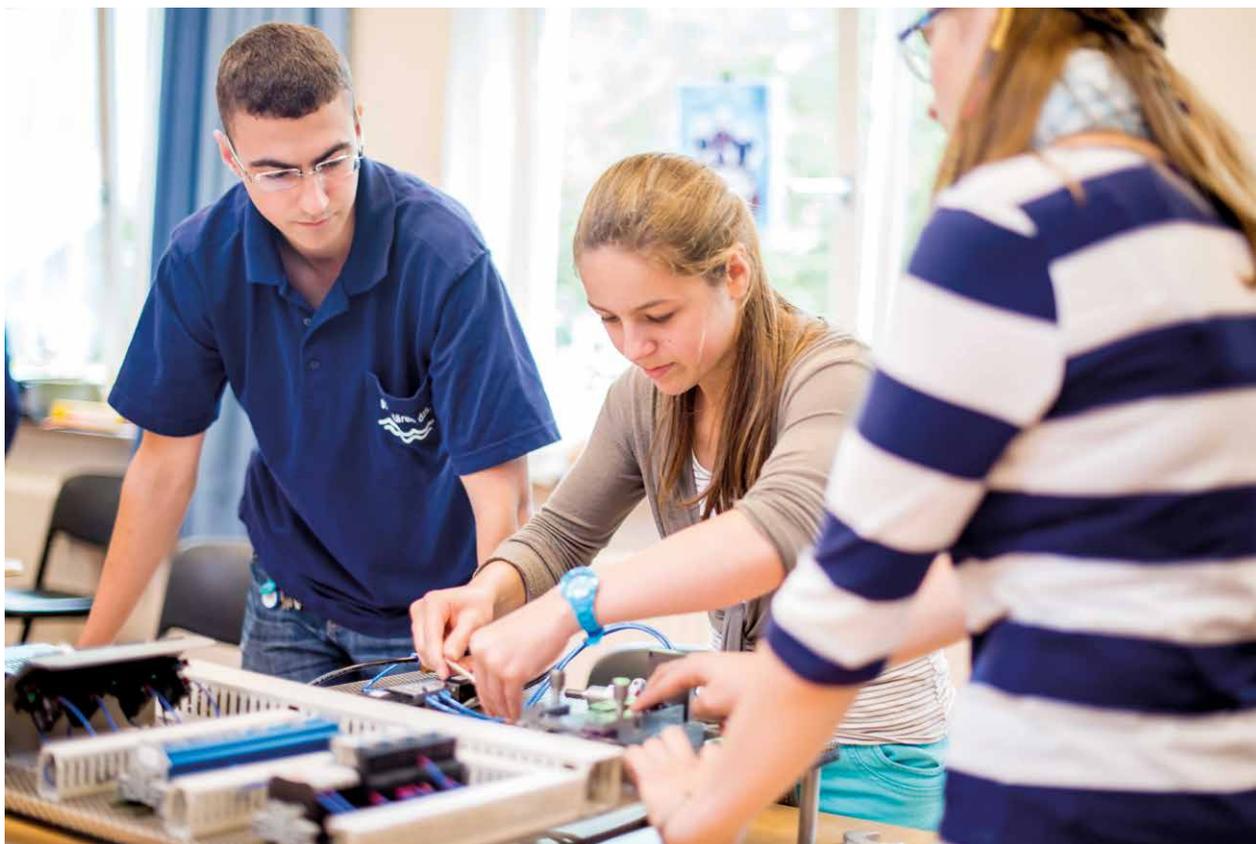
Das BNW ist an der Seite der Jugendlichen, wenn es darum geht, ihren individuellen Weg in den Beruf zu finden. Interessen und Stärken aufzudecken ist dabei der erste Schritt: So werden Schüler beispielsweise mithilfe von Potenzialanalysen angeleitet, sich mit ihren Wünschen und Fähigkeiten auseinanderzusetzen. Mit Wirtschaftsplanspielen und Praxis-Projekten trägt das BNW dazu bei, Brücken zwischen dem Lernort Schule und der Arbeitswelt zu bauen. Beim Thema MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft

und Technik) setzt die Nachwuchsförderung des BNW in Zusammenarbeit mit Verbänden und deren Stiftungen etwa auf Ausprobieren und Erleben, um Schüler nachhaltig für technische und naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern.

Orientierung durch Praxis ist auch der Ansatz der Berufsorientierungs-Module, die das BNW seit Anfang 2012 im Auftrag des Niedersächsischen Kultusministeriums und der Bundesagentur für Arbeit an allgemeinbildenden Schulen umsetzt. In unterschiedlichen Modulen bekommen Schüler die Gelegenheit, sich und ihre Talente zu testen – mal an simulierten, mal an realen Arbeitsplätzen, immer begleitet von Fachmännern und -frauen. Branchen sowie einzelne Berufe können in Praxistagen direkt im Betrieb erkundet werden. Je realistischer die Einschätzung der Tätigkeit, umso fundierter ist auch die Entscheidung für oder gegen einen Beruf. Der starke Praxisbezug motiviert zugleich und



Bei der Berufsorientierung setzt das BNW auf Praxis: In Betriebspraktika lernen Jugendliche die reale Arbeitswelt kennen.



„In den Berufsorientierungs-Modulen des BNW entdecken Schülerinnen und Schüler ihre Talente“

führt die Schüler Schritt für Schritt an die Arbeitswelt heran.

Einer der wichtigsten Berater für Jugendliche sind ihre Eltern. Daher richten sich die Pilot- und Modellprojekte „Interkulturelle Elternmoderatoren“ und „Es gibt noch mehr als zehn Berufe“ gezielt an Mütter und Väter. Das Ziel: Eltern Wissen über das Schul- und Ausbildungssystem vermitteln.

Als Ansprechpartner und Motivator ebnen Berufseinstiegsbegleiter des BNW Schülern mit besonderem Förderbedarf den Weg in die Arbeitswelt. Langfristig stehen sie an der Seite der Jugendlichen, sind täglich präsent an den Schulen. Sie erarbeiten mit den Jugendlichen Stärken und individuelle Förderpläne, unterstützen bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche. Eine ordentliche Bewerbung, ein überzeugendes Vorstellungsgespräch – Hürden, die es vor einer Anstellung zu meistern gilt, werden von den Berufseinstiegsbegleitern thematisiert und trainiert. Die Begleitung bildet die Schüler nicht nur fachlich, sondern auch charakterlich. Schulabschluss und Ausbildungsvertrag sind zwei Ziele – die Entwicklung der Ausbildungsreife ein weiteres. Nach mehrmonatiger Vorbereitung ist für die Schüler der Übergang in den Beruf damit kein

Sprung ins kalte Wasser mehr, sondern Ziel eines individuellen Entwicklungsprozesses.

Neue berufliche Perspektiven eröffnet das BNW auch gezielt Jugendlichen mit Handicap. Im Rahmen der „Initiative Inklusion“ des Bundes, in Niedersachsen umgesetzt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, begleiten BNW-Mitarbeiter Förder-schüler auf ihrem individuellen Weg in den Beruf. Sie besuchen mit ihnen regionale Betriebe, unterstützen sie bei der Praktikumsuche und der beruflichen Orientierung. Das Ziel: Statt Werkstätten für Menschen mit Behinderungen als einzige berufliche Option zu sehen, lernen die Jugendlichen andere Möglichkeiten kennen. Jugendliche mit besonderem Förderbedarf begleiten BNW-Mitarbeiter auch in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen beim Start in ihr Berufsleben. Mit dem Angebot setzt das BNW seit mehr als dreißig Jahren auf ein nach wie vor bewährtes Prinzip: Qualifizierung in der realen Arbeitswelt.



Die „Initiative Inklusion“ zeigt Jugendlichen mit Handicap neue berufliche Perspektiven auf. BNW-Mitarbeiterin Sylke Harjes mit Teilnehmer Sönke Bödeker bei den Berufspraxistagen an der Schule am Deich in Leer.

Klappt der Übergang nicht im ersten Versuch, ebnet das BNW den Weg zur zweiten Chance. In der Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung bereiten BNW-Mitarbeiter Jugendliche mit Handicap oder erhöhtem Förderbedarf auf eine betriebliche Ausbildung vor – in der Fachpraxis wie durch sozialpädagogische Begleitung. Eine zweite Chance bietet auch das Projekt „Fit für die Ausbildung“, das das BNW gemeinsam mit dem Netzwerk ZUKUNFTINC. in Kooperation mit einer Berufsbildenden Schule im dritten Jahr um-



Freundlicher Empfang durch die ehemalige Bundesarbeitsministerin: 18 Frauen und Männer verließen ihre sonnige Heimat Spanien, um an der Medizinischen Hochschule Hannover beruflich neu durchzustarten. Ursula von der Leyen begrüßte die Zuwanderer zum Start in ihrem neuen Job im August 2013 persönlich in Hannover.

setzt. Dabei vermitteln BNW-Mitarbeiter Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, eine Ausbildungsstelle zu finden, an regionale Unternehmen. Durch Coachings, Praktika und eine persönliche Betreuung werden die Jugendlichen auf eine Ausbildung in den Betrieben vorbereitet. Das Ergebnis: Mehr als 70 Prozent der Teilnehmer konnten bislang einen Ausbildungsvertrag unterschreiben. Ist das Ziel Ausbildung einmal erreicht, bleibt das BNW weiterhin als Unterstützer erhalten. In offenen und Inhouse-Seminaren bekommen Azubis Starthilfe – von Tipps zum professionellen Verhalten am Arbeitsplatz bis zur Unterstützung bei der Organisation des neuen Alltags.

Den Weg zeigen, Türen öffnen, Starthilfe geben – das Ziel der BNW-Angebote ist immer das Gleiche: Potenziale so früh wie möglich erkennen und fördern. Davon profitieren nicht nur die Jugendlichen durch verbesserte berufliche Perspektiven. Für Unternehmen bildet das BNW zukünftige Fachkräfte aus und sorgt dafür, dass sie so früh wie möglich und langfristig ihren Beitrag zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft leisten können. Der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn wird in der Schulzeit gelegt. Von einer Förderung in jungen Jahren profitieren Arbeitnehmer wie Arbeitgeber auf Jahre hinaus.

Text: Verena Schulz, Referentin Unternehmenskommunikation, BNW

„Bildung mit Zukunft – Zukunft mit Bildung“



Das Bildungswerk ver.di, hervorgegangen aus dem früheren Bildungswerk der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, hat seinen Sitz in Hannover. Weitere Regionalleitungen gibt es in Braunschweig, Göttingen, Hannover/Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. Das Bildungswerk ver.di ist nach Norm DIN EN ISO 9001:2008 sowie nach AZAV zertifiziert.

Als anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung in gewerkschaftlicher Trägerschaft orientiert sich das Bildungswerk ver.di an den politischen und pädagogischen Zielen einer emanzipatorischen Bildungsarbeit. Leitziel der Arbeit ist es, die Möglichkeit der Partizipation der Teilnehmenden an gesellschaftlichen Prozessen zu verbessern. Bei der Planung und Durchführung von Bildungsmaßnahmen finden sowohl die Interessen und individuellen Voraussetzungen der Teilnehmenden als auch deren Lerngewohnheiten und Wissensstände Berücksichtigung. Dadurch erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, den Lernprozess aktiv mitzugestalten. Die Angebote richten sich an alle interessierten erwachsenen Menschen, insbesondere an Arbeitnehmer/-innen, an betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen, an sozial Benachteiligte sowie an Organisationen und KMU.

Das Angebotsspektrum ist sehr vielfältig: neben Veranstaltungen für Betriebs- und Personalräte (zu Themen wie Arbeitsrecht, Konflikte am Arbeitsplatz), Vorbereitungskursen auf die Prüfung zum Erwerb der fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung, Berufsbegleitenden Fortbildungen (z. B. Supervision,

Coaching, Mediation) sowie Integrations-, Alphabetisierungs- und DaF-Kursen werden unterschiedliche Formate in den Bereichen politischer Bildung, Persönlichkeitsbildung (z. B. Kommunikation, Rhetorik, Konfliktmanagement), Umweltbildung, Frauenbildung, Fremdsprachenausbildung und Lebenshilfe bzw. -fragen angeboten. Diverse EU- und ESF-Projekte sowie die Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung (BTQ) runden das Angebot ab.

Das Bildungswerk ver.di ist Mitglied in zahlreichen thematisch verwandten Gremien und Verbänden wie z.B. dem nbeb, dem Bundesverband Mediation e.V., dem IACC, dem Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V., der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., dem Freiwilligenzentrum Hannover e.V. sowie der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen. Daneben gibt es eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen niedersächsischen Betrieben, Bildungsnetzwerken, rund 150 örtlichen Bildungspartnern sowie der Deutschen Angestellten Akademie (DAA).

Durch Programmbroschüren, Informationsveranstaltungen in Betrieben und Institutionen, Pressearche und Kurzinformationen werden neue Zielgruppen erreicht. Bildungsberatung und Teilnehmendenbefragungen helfen dabei, das Bildungsangebot weiterzuentwickeln.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten des Bildungswerks ver.di erhalten Sie unter: www.bw-verdi.de

Kooperationen mit Hochschulen

Das Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ist seit vielen Jahren an und mit Hochschulen in Niedersachsen als Bildungspartner aktiv. In vielfältiger Weise bietet die gewerkschaftsnahe Einrichtung unterschiedlichen Zielgruppen den Rahmen für gelungene Weiterbildung mit engem Bezug zur Hochschule.

„Ohne Abitur an die Uni!“

Ein heute fast gängiger Slogan und durch vielfältige Projekte und Angebote flankiert, begleitet die Arbeit des Bildungswerks nun schon seit 30 Jahren. Die 1971 erfolgte Öffnung der Hochschulen für Berufstätige durch die Zulassungsprüfung (Z-Prüfung) machte die Einrichtung von Vorbereitungskursen notwendig. Seit dieser Zeit werden – vor allem am Standort Hannover – jährlich derzeit bis zu 80 Studierwillige in drei Kursen auf die sogenannte „Immaturenprüfung“ vorbereitet. Dieses Bildungsformat ist mit Terminen am Abend und am Wochenende ideal auf das Zeitbudget beruflich Tätiger abgestimmt.

Darüber hinaus wird seit einigen Jahren auch die jährliche Prüfungsabnahme aller Z-Prüfungen für Hannover im Bildungswerk ver.di zentral organisiert und durchgeführt.

Neben diesem Angebot für Studierwillige in Niedersachsen werden eine internetgestützte Vorbereitung sowie Selbstlernkurse mit Unterstützung von qualifizierten Tutor/-innen auf die Eingangsprüfung für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife an der Hamburger Fern-Hochschule (HFH) angeboten. Die HFH bietet seit 1998 studierwilligen Arbeitnehmer/-innen die Möglichkeit über eine sogenannte Eingangsprüfung nach § 38

des Hamburger Hochschulgesetzes ein Studium in verschiedenen Fächern aufzunehmen.

„Offene Hochschule“ – geförderte Projekte durch das MWK

Das Bildungswerk ver.di hat in Projekten der „Offenen Hochschule“, die durch das MWK gefördert werden, bereits vielfältige Erfahrungen sammeln können und dabei vor allem eines erfahren müssen: die Zielgrup-





„Die Erwachsenenbildung agiert erfolgreich als Zubringer und Begleiter für ein Hochschulstudium: sowohl der ganzheitliche Bildungsansatz als auch der breite Adressatenkreis in den Einrichtungen können den Teilnehmenden zahlreiche Impulse in Richtung Studium geben.“

pe erscheint recht überschaubar und dennoch ist sie kaum zu greifen.

Nachdem in 2011/2012 zwei berufsbegleitende Weiterbildungen („Mediation“ und „Frauen in Führung“) an der Universität Oldenburg in das Anrechnungsverfahren eingebracht wurden und diese Weiterbildungen nun mit Credit Points versehen sind, stehen die ersten Rückmeldungen von Teilnehmenden, die die Anrechnungsempfehlung bei einer Hochschule vorgelegt haben, noch aus. Der Aufwand für die Durchführung der Anrechnungsempfehlungen war sehr groß. Abgesehen davon, dass die Anrechnungsempfehlung den Weiterbildungen des Bildungswerks ein hohes Niveau testieren, sind sie auch mit der Hoffnung verbunden, dass sie einen weiteren zusätzlichen positiven Nutzen für die Teilnehmenden bringt.

Einen anderen Weg in die „Offene Hochschule“ beschreitet das Bildungswerk ver.di in der Region Osnabrück: in Kooperation mit der örtlichen Hochschule wird ein berufsbegleitender Zertifikatslehrgang durchgeführt, der in drei Stufen hin zu einem Bachelor-Abschluss führen soll. In enger Zusammenarbeit mit Logistikunternehmen der Region sollen Berufstätige gewonnen werden, die sich auf diesem Weg weiter qualifizieren und damit mögliche Karrierewege in den Unternehmen einschlagen können.

Mit der Universität Osnabrück gemeinsam wird in einem weiteren Projekt mit dem Titel „Assistive Technologien in der Pflege“ den Herausforderungen in der Pflege durch hochschulbasierte Weiterbildung mit Zertifikatsabschluss begegnet.

Um die Zielgruppe der Studierwilligen vor Aufnahme eines Studiums gezielt zu unterstützen, hat das Bildungswerk in Hannover ein Programm mit dem Titel: „Licht in den Hochschul-Dschungel – Die Studi-Coaches – Studienberatung und Coaching für Studierwillige“ aufgelegt. Der Kurs ist speziell für diejenigen gedacht, die in einer (kleinen) Gruppe bzw. in einem Coaching Antworten auf ihre Fragen rund um das Hochschulstudium finden wollen. Neben der Betrachtung des individuellen beruflichen Werdeganges wird das Für und Wider einer individuellen Entscheidung für ein Studium herausgearbeitet.



Von den „Seminarkursen“ zu akademischen Weiterbildungen

Waren es früher die sogenannten „Seminarkurse“ die die diversen Zentren für wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen der Erwachsenenbildung anboten und die von der Erwachsenenbildung

angenommen wurden, so hat sich im Laufe der Zeit eine intensive Kooperation entwickelt, die vielfach im gemeinsamen Angebot berufsbegleitender Maßnahmen mündet. Ob es die „Offene Universität für Frauen“ ist oder das „Kontaktstudium Coaching“, das Bildungswerk ver.di führt diese Maßnahmen in enger Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen der ZEW der Leibniz Universität Hannover und dem Geschäftsbereich QuBE (Qualifizierung und Bildung für Erwachsene) im Bildungswerk ver.di durch.

Sprachkurse (Deutsch als Fremdsprache) für ausländische Studierende

Mit einer völlig anderen Zielgruppe im Fokus bietet das Bildungswerk ver.di in Kooperation mit den Hochschulen/Universitäten Göttingen, Braunschweig, Vechta, Wilhelmshaven, Osnabrück und Oldenburg ganzjährig Sprachkurse (Deutsch als Fremdsprache) für ausländische Studierende an. Zurückgehend auf eine Initiative des Kollegen Jochen Kampmeier wurde am Standort Göttingen in Kooperation mit der Uni ein Sprachenangebot insbesondere für aus dem Ausland stammende Studierende und Hochschulangehörige, die ihr Deutsch verbessern möchten, aufgelegt. Der Kreis erweiterte sich bald auf die Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die sich auf ein Studium vorbereiten.

Diese zahlreichen Beispiele des Bildungswerks ver.di zeigen, dass die Erwachsenenbildung erfolgreich als Zubringer und Begleiter für ein Hochschulstudium fungieren kann. Sowohl der ganzheitliche Bildungsansatz als auch der breite Adressatenkreis in den Einrichtungen können den Teilnehmenden zahlreiche Impulse in Richtung Studium geben. Darüber hinaus können sie Zugänge eröffnen, Brücken bauen und einen erfolgreichen Abschluss befördern.

Text: Jürgen Sattari

„Bildung als Zusammenhang von Lernen, Wissen, Können, Wertebewusstsein, Haltungen und Handlungsfähigkeit im Horizont sinnstiftender Deutungen des Lebens“



Die EEB Niedersachsen ist eine Einrichtung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen. Die Bildungsarbeit wird in 15 Arbeitsgemeinschaften und Bildungswerken mit 14 Geschäftsstellen durchgeführt. Die EEB ist nach LQW sowie nach AZAV zertifiziert.

Programmatik und Zielsetzung der Bildungsarbeit sind charakterisiert durch die Ausrichtung auf den christlichen Glauben und das christliche Menschenbild. Ziele sind die Gestaltung von Beziehungen und Gemeinschaft sowie die Übernahme von Verantwortung in Kirche und Gesellschaft.

Die Angebote richten sich an alle interessierten erwachsenen Menschen und speziell an religiös Interessierte, an Erziehende und Familien, Senior/-innen, an Migrant/-innen, an Ehrenamtliche sowie an Suchtkranke. Das Themenspektrum umfasst Angebote Religiöser/Theologischer Bildung, Gesellschaftspolitischer Bildung, Frauen-/Männerbildung, Eltern- und Familienbildung sowie zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen. Im Rahmen der Bildungsarbeit geht es um die Erweiterung von Kompetenzen, um die Förderung religiöser und theologischer Bildung, um die Wahrnehmung, Begleitung und Gestaltung gesell-

schaftlicher Veränderungen, um die Stärkung der Ehrenamtlichkeit.

Die EEB möchte in diesem Zusammenhang Lernräume schaffen und zielgruppenspezifische Dienstleistungen erbringen. Dazu gehört u.a. eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, die vom Newsletter und der Internetpräsenz über Programmbroschüren und Presseveröffentlichungen bis hin zur Bildungsberatung und zur Erstellung von Jahrbüchern reicht. Darüber hinaus findet eine Informationsverbreitung in Gemeinden durch Kirchen und kirchliche Institutionen statt.

Die EEB engagiert sich in Kirchengemeinden, in Werken und Einrichtungen der Ev.Kirchen in Niedersachsen, in diakonischen Einrichtungen, in Ev. Heimvolkshochschulen und Ev. Familienbildungsstätten. Darüber hinaus ist sie in der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), den »Lernenden Regionen« in Niedersachsen sowie dem Bundesverband Mediation e. V. vertreten.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten der EEB erhalten Sie unter: www.eeb-niedersachsen.de

Gewaltfreie Kommunikation – ein Profilangebot der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen!

Für die EEB Niedersachsen als eine Bildungseinrichtung der evangelischen Kirchen in Niedersachsen spielt die wert- und normenorientierte Bildung eine besondere Rolle. Ein Beispiel aus diesem wichtigen Arbeitsfeld sind die Veranstaltungen zur Gewaltfreien Kommunikation (GfK), die die EEB Niedersachsen seit einigen Jahren systematisch durchführt.

„Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Das Gebot der Nächstenliebe wurzelt im Judentum und begleitet als Aufforderung und Ermutigung das Christentum durch seine ganze Glaubensgeschichte.

Doch scheint es einer dieser biblischen Sätze zu sein, die leicht gesagt, aber schwer getan sind. Vieles, was im Namen des Christentums geschehen und von Christen getan worden ist, spricht eine gänzlich andere Sprache. Sich selber zu lieben wurde allzu oft verdammt als Selbstsucht und Selbstverliebtheit, Nächstenliebe kam schnell an ihre Grenzen. Die Geschichte der Menschheit, auch die Geschichte des Christentums, ist voll von Gewalt und Ausgrenzung. Und doch ist die Aufforderung, seinen Nächsten wie sich selbst zu lieben, nicht nur ein zentraler Gedanke des Neuen Testaments (Markus 12, 29 – 31), sondern auch schon im Alten Testament zu finden (3. Mose 19, 18).

Gewaltfreie Kommunikation (GfK) wurde als Konzept von dem amerikanischen Psychologen MARSHALL B. ROSENBERG entwickelt. Rosenberg wuchs als Enkel jüdischer Einwanderer in Detroit auf und erlebte als Kind

in seinem Wohnviertel Gewalt, Rassenunruhen und Diskriminierung von Juden. Die Frage, was Menschen dazu bringt, sich gewalttätig zu verhalten und welche Möglichkeiten es gibt, darauf zu reagieren, ohne Gewalt anzuwenden, aber auch ohne dabei zu verlieren, beschäftigte Rosenberg seit seiner Kindheit. Nach dem Studium der Psychologie, u. a. bei CARL ROGERS, entwickelte er aus der klientenzentrierten Gesprächstherapie den Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation.

Was ist Gewaltfreie Kommunikation?

Gewaltfreie Kommunikation (synonym auch „Wertschätzende Kommunikation“ oder „Klare Kommunikation“) ist mehr als eine Methode. Sie ist eine Haltung, die davon ausgeht, dass alle Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Kultur oder Religion, die gleichen Bedürfnisse teilen und dass hinter Konflikten und Gewalt immer unerfüllte Bedürfnisse stehen. Bedürfnisse können nie falsch sein. Falsch sind, bzw. zu Gewalt führen jedoch oft die Strategien, mit denen Menschen versuchen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen.

Ein Schlüsselwort der Gewaltfreien Kommunikation ist „Empathie“, also Einfühlungsvermögen, sich selbst und anderen Menschen gegenüber. Mit Hilfe der Gewaltfreien Kommunikation will Rosenberg die Fähigkeit fördern, sich selbst und anderen gegenüber einfühlsam zu sein und so wirklich in Kontakt zu kommen, ohne zu bewerten, zu urteilen, zu fordern oder Schuld zuzuweisen.



„Der EEB ist es wichtig, dass neben der Vermittlung theoretischer Inhalte viel Raum für experimentelles Lernen und Üben anhand von Situationen aus dem Erfahrungsbereich der Teilnehmenden zur Verfügung steht.“

Gewaltfreie Kommunikation ist eine Haltung, die der eingangs zitierten biblischen Aufforderung „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ entspricht und die gleichzeitig eine konkrete Methode anbietet, wie in vier Schritten diese andere Form der Kommunikation gelebt werden kann:

1. Wahrnehmung: Wir äußern nur das, was wir in einer bestimmten Situation beobachten, ohne Bewertung oder Interpretation.
2. Gefühle: Wir benennen unsere Gefühle, die durch die Wahrnehmung ausgelöst werden und wissen, dass diese Gefühle nicht durch die Handlung der anderen Person verursacht werden, sondern nur durch unsere unerfüllten Bedürfnisse. Das heißt, wir übernehmen die Verantwortung für unsere Gefühle.
3. Bedürfnisse: Wir benennen unsere in der Situation unerfüllten Bedürfnisse, die wir hinter unseren Gefühlen spüren.
4. Bitten: Wir äußern eine konkrete Bitte/Strategie, die eine Brücke zu unserem Gegenüber baut, auf der wir gemeinsam nach Lösungen suchen können, bei denen unsere Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Gewaltfreie Kommunikation in der EEB Niedersachsen

Seit Ende der 90er Jahre engagiert sich die Evangelische Erwachsenenbildung Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem „Orca-Institut für Konfliktmanagement und Training“ in der Ausbildung von Mediator/-innen auf der Grundlage der Gewaltfreien Kommunikation.

Im Laufe der Jahre gewann dann bei der EEB das Konzept der Gewaltfreien Kommunikation als Solches einen immer größeren Stellenwert. Neben zukünftigen Mediator/-innen gerieten auch andere Zielgruppen in den Blick, für die Gewaltfreie Kommunikation von Nutzen sein könnte. Und so entstand – zunächst bei der EEB Braunschweig – die Idee, ein Wochenseminar „Gewaltfreie Kommunikation“ anzubieten, um interessierte Menschen mit den Grundzügen dieses Konzeptes vertraut zu machen. Inzwischen hat sich daraus in Zusammenarbeit mehrerer Regionen der EEB Niedersachsen (Braunschweig, Oldenburg, Hannover, Osnabrück, Lüneburg) ein koordiniertes niedersachsenweites Angebot von Kurz-Workshops zur Einführung, Wochenseminaren für Anfänger, Intensivwochen und berufs begleitenden Basisausbildungen entwickelt.

Gewaltfreie Kommunikation hat zwar mit den vier genannten Schritten eine leicht zu verstehende Struktur, sie in die eigene Alltagskommunikation zu implementieren, erfordert jedoch stetige Übung und immer neues Feedback. Das ist insbesondere für diejenigen wichtig, die GFK im Zuge ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit nutzen wollen. Deshalb bietet die EEB seit 2011 eine Langzeitfortbildung in Gewaltfreier Kommunikation unter Leitung von Cornelia Timm und Kurt Südmersen vom Orca-Institut für Konfliktmanagement und Training an. Sie richtet sich an Interessierte aus ganz unterschiedlichen Berufsgruppen, aber auch an Ehrenamtliche.

Die Fortbildung umfasst 100 Zeitstunden und beinhaltet im Zeitraum von ca. 9 Monaten 5 Wochenenden und eine Bildungsurlaubswoche (anerkannt nach dem Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz).



Jutta Salzmänn, Geschäftsführerin und pädagogische Mitarbeiterin der EEB Braunschweig, baute das Thema „Gewaltfreie Kommunikation“ in der EEB nachhaltig aus.

Zwischen den Seminarblöcken haben die Teilnehmenden Zeit, das Gelernte zu üben, in ihr familiäres und berufliches Umfeld zu integrieren und ihre Erfahrungen anschließend in der Fortbildungsgruppe zu reflektieren. Der Vorteil einer Langzeitgruppe liegt darin, dass die Dauer und Intensität ein Vertrauen zwischen den Teilnehmenden entstehen lässt, das sich in kürzeren Fortbildungen nicht in diesem Umfang bilden kann.

Der EEB ist es wichtig, dass neben der Vermittlung theoretischer Inhalte viel Raum für experimentelles Lernen und Üben anhand von Situationen aus dem Erfahrungsbereich der Teilnehmenden zur Verfügung steht. Das Team leitet die Fortbildung mit Achtsamkeit und Respekt und strebt eine Balance zwischen den Bedürfnissen der Teilnehmenden an, die sowohl die Individualität als auch die Struktur der gesamten Fortbildung gleichermaßen im Auge behält.

Drei Langzeitausbildungen haben seitdem stattgefunden, im Wechsel organisiert von den Geschäftsstellen in Braunschweig und Oldenburg. Für 2015 ist die nächste Ausbildung im Raum Braunschweig geplant.

Gewaltfreie Kommunikation ist ein Schwerpunktangebot der EEB Niedersachsen geworden und trägt zum Profil der EEB bei:

„Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ bleibt ein zentraler Kernsatz der christlichen Botschaft. Mit GFK-Wochen und -Ausbildungen liefert die EEB Niedersachsen ein Instrumentarium dafür!

Text: Jutta Salzmänn

Links zum Thema:

www.cnvc.org
www.gewaltfrei.de
www.orca-institut.de

„Den Menschen lebensstark machen – vielfältig – wertbezogen – handlungsorientiert!“



Die Katholische Erwachsenenbildung (KEB) ist die von den Bistümern Osnabrück und Hildesheim sowie dem Bischöflich Münsterschen Offizialatsbezirk Oldenburg anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen. Sie hat die Gesellschaftsform eines gemeinnützigen Vereins. 41 örtliche Bildungswerke und 9 Verbandsbildungswerke werden von 16 Geschäftsstellen und drei Außenstellen betreut. Dazu kommen sechs Familienbildungsstätten sowie sieben Bildungshäuser und Heimvolkshochschulen, die sich als Mitglieder der KEB verstehen. Die KEB ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001.

Die KEB will die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe Erwachsener fördern. Sie bietet einen ganzheitlichen Bildungsansatz auf der Basis des christlichen Glaubens und des darin begründeten Menschenbildes. Leitziel ist eine umfassende personale, politisch-soziale, werteorientierte und berufliche Bildung Erwachsener.

Im Fokus der Bildungsarbeit, die sich an alle interessierten erwachsenen Menschen richtet, stehen Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen auf der Suche nach (religiöser) Orientierung sowie junge Menschen im Übergang zum Beruf. Das Themenangebot umfasst Kurse theologischer und religiöser Bildung (z.B. Bibelseminare), Qualifikationen zu Trauerbegleitung, Hospiz und Pflege, Angebote für Familien zur Stärkung der Erziehungs-

kompetenz, Kurse zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen, berufliche Qualifizierungen und Maßnahmen zur Eingliederung ins Erwerbsleben, Fortbildungen für Ehrenamtliche sowie Sprach- und Alphabetisierungskurse für Migrant/-innen.

Eine breit aufgestellte Öffentlichkeitsarbeit z.B. in Form von regelmäßigen Jahresberichten, Programmbroschüren, Beratungsgesprächen, Präsenz auf Messen, Presseartikeln und der Mitarbeit an Verbands- und Vereinspublikationen ermöglicht eine flächendeckende Streuung von Informationen. Daneben enthält die Internetpräsenz Berichte über durchgeführte Veranstaltungen.

Kooperationen und Zusammenarbeit mit kirchlichen Gemeinden und Verbänden, mit Selbsthilfegruppen, mit Einrichtungen der katholischen Kirche (z.B. Caritas, Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten, Krankenhäusern), mit Arbeitsagenturen und Jobcentern, mit Stiftungen und mit kommunalen Einrichtungen und Dienststellen des Landes sorgen für eine breite Vernetzung. Die Mitgliedschaft auf Landes-, Bundes-, und Europaebene in thematisch verwandten Gremien und Verbänden hilft dabei, aktuelle Themen und Impulse in Bildungsangebote umzusetzen.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten der KEB erhalten Sie unter: www.keb-nds.de

„Durchs wilde Kindistan“ – Familienbildung in der KEB am Beispiel eines Kurses für werdende Väter¹

„Wir wollen Menschen bei ihrer persönlichen Sinn und Orientierungssuche begleiten und ihnen die Impulse der christlichen Botschaft erschließen. [...] Wir schaffen auch in unseren breitgefächerten Bildungsangeboten Lerngelegenheiten und Räume für existenzielle Fragestellungen.“ Aus dem Leitbild der KEB

Noch bis in die Anfänge des neuen Jahrtausends waren die Rollen des Vaters und der Mutter in der Familie klar verteilt und weitgehend zugewiesen. Männer, die sich tagsüber um ihre kleinen Kinder kümmern – eher eine exotische Rarität. Ihre Funktion war weitgehend die des Ernährers, während Frauen „dazuverdienten“. Die Reaktionen auf den Entschluss des Mannes, länger zu Hause zu bleiben, bewegten sich auf der Skala zwischen „Held“ und „Weichei“.

Inzwischen nimmt die Vielfalt, wie Vaterschaft gelebt werden kann, zu. Traditionelle Muster lösen sich langsam auf und Männern stehen verschiedene Wege offen, ihre Zeit in und mit der Familie zu gestalten. Die Entscheidung des Mannes für Erziehung und die (zeitweise) Aussetzung des Berufes erfährt eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft und wird durch die veränderte Gesetzgebung zu Elternzeit und Elterngeld auch vom Gesetzgeber unterstützt und gefördert.

Die neu hinzugewonnene Freiheit beinhaltet auf der anderen Seite das stetige Abnehmen von Ritualen und festgelegten Abläufen. Erlernte Handlungsmuster kön-



nen nicht einfach übernommen werden. Der Schauspieler Hans-Werner Meyer empfahl noch im Jahre 2009 „nur starken Männern“ ein Dasein als Vater. „Du gehst durch die Hölle! Aber es gibt keine bezauberndere Hölle“, sagte der 45-Jährige in einem Gespräch mit der Münchner Abendzeitung. Er hatte gerade die Erfahrungen mit seinen zwei Söhnen in einem Buch: „Durchs wilde Kindistan: Zwischen Windeln und Wahnsinn“ verarbeitet.

¹Text auf der Grundlage eines Artikels im Jahresbericht 2010/2011 der KEB „Väter an den Start“ von Dr. Jörn Borke, Universität Osnabrück und Dagmar Teuber-Montico, KEB Osnabrück



„Die familienorientierte Bildungsarbeit nimmt in der KEB einen weiten Raum ein. Über 30% ihrer Unterrichtsstunden wurden 2012 im Bereich Familie-Gender-Generationen durchgeführt.“

Nach wie vor scheint es für die neuen, modernen Väter schwierig bis unmöglich, Familien- und Berufsleben so zu vereinbaren, dass ein gleichberechtigtes Nebeneinander entstehen kann, geschweige denn, dass das Berufsleben für einige Zeit dem Familienleben deutlich untergeordnet wird.

Nicht zuletzt deswegen finden sich viele Paare nach der Geburt des Kindes weiterhin in der traditionellen Rollenaufteilung wieder und zwar auch dann, wenn sich beide dies vorher anders gewünscht hatten. Eine Situation, die bei den Vätern zu inneren Spannungen und Unzufriedenheit führen kann sowie zu Konflikten in der Arbeitswelt und innerhalb der Familie.

Wie für Frauen, ist diese Zeit des Übergangs zur Elternschaft damit auch für Väter eine intensive Zeit der Veränderung, Anpassung und Findung.

Mit „Fit für den Start... und das Baby kann kommen“ hatten KEB und Familienbildungsstätte Osnabrück ein Familienvorbereitungstraining entwickelt, das werdende Eltern beim Übergang zur Elternschaft unterstützen will. Das Besondere dieses Angebots, das als zusätzliches Plus zur Geburtsvorbereitung angeboten wird, ist die innovative Verknüpfung von Themen zur medizinischen Prävention mit Bildung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Erwachsenenbildung für Eltern. Inhaltlich geht es um finanzielle und rechtliche

Aspekte von Elternschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Partnerschaft und Sexualität, Umgang mit dem Baby, die neue Rolle der Mutter/des Vaters.

Die Kurse wurden in Stadt und Landkreis Osnabrück gut angenommen und mit positivem Ergebnis evaluiert. Dabei zeigte sich aber, dass sich von dem Konzept eher Mütter angesprochen fühlten.

Da, wie oben beschrieben, auch Väter den Übergang zur Elternschaft zunehmend als eine Zeit der Herausforderung erleben und es deutliche Hinweise gab, dass sie sich eine gute Vorbereitung auf die Zeit mit dem ersten Kind wünschten, wurde im nächsten Schritt das Konzept angepasst und zu einem Projekt „Väter an den Start“ ausgeweitet. Durch eine zu Projektbeginn durchgeführte Befragung von Männern, deren Partnerinnen erstmals schwanger waren, bzw. die in den letzten zwei Jahren erstmals Vater geworden waren, wurde der Bedarf der Zielgruppe erhoben. Dabei zeigte sich unter anderem, dass die Männer ein hohes Interesse an allen angebotenen Themen äußerten, es ihnen aber je nach Thema wichtig war, diese eher mit der Partnerin bzw. andere eher in einer reinen Männergruppe zu besprechen.

Der Ablauf der Vätermodule folgt der Idee, dass es gerade bei männlichen Kursteilnehmern wichtig ist, eine Balance zwischen Sachinformationen und der Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zu finden. Für die Fragen „Wie möchte ich meine Elternzeit gestalten?“, „Wie kann ich das mit der Partnerin und dem Arbeitgeber vereinbaren?“, „Wie habe ich meinen Vater erlebt?“ „Was für ein Vater möchte ich (nicht) sein?“ hatten die werdenden Väter sich gewünscht, diese zunächst ohne die Partnerinnen reflektieren zu können.

Es wurden männliche Referenten ausgebildet, um die Väter in den Modulen professionell begleiten zu können. Durch enge Vernetzung mit der schon bestehenden Struktur der „Fit für den Start...“ - Kurse entstand ein Mischmodell, das nach wie vor für Paare angeboten wird, bei dem es aber auch Einheiten gibt, in denen die Gruppe getrennt wird. Hier können die Väter unter sich und mit Hilfe eines männlichen Referenten die für sie relevanten Themen besprechen.

„Väter an den Start“ reiht sich ein in den Reigen familienorientierter Angebote der KEB, die sich zum Ziel gesetzt haben, Eltern in ihrem Erziehungsalltag zu stärken. Der Grundgedanke findet sich in dem „KESS“ genannten Elterntaining, das allein im Jahre 2010 38 mal durchgeführt wurde und damit 440 Personen erreichte: „Erziehung muss Kinder heutzutage lebensfähig machen für eine demokratische, plurale, technisierte, mobile Gesellschaft – und das unter den Einflüssen



eben dieser Gesellschaft.“ An zunächst fünf Abenden sprechen Eltern über soziale Grundbedürfnisse, sie versuchen, deren Verhalten zu verstehen und zu reflektieren, wie sie angemessen reagieren können. Die Erziehungssituationen sollen ermutigend, konfliktentschärfend lösungsorientiert gestaltet werden, so dass Selbständigkeit und Kooperation gefördert werden.

Die familienorientierte Bildungsarbeit nimmt in der KEB einen weiten Raum ein. Über 30% ihrer Unterrichtsstunden (49.574 Ustd.) wurden 2012 im Bereich Familie-Gender-Generations durchgeführt. Damit wurden 27.000 Teilnehmende erreicht. Die breit gestreuten Themen berücksichtigen alle Phasen des Familienlebens und verdichten sich an den sogenannten „Übergängen“ des Lebens: Geburt, Partnerschaft, Elternschaft, Alter und Tod. Themen wie „Ein Kick mehr Partnerschaft“, „Zeitmanagement in der Familie“, „Biografiearbeit mit Adoptivkindern“, „Mut zum Ritual – Die Kunst des Feierns“ u.v.a. greifen Lebenssituationen auf und versuchen Angebote für (krisenanfällige) Lebenssituationen bereit zu stellen.

Mit ihren Eltern-Kind-Gruppen engagieren die Geschäftsstellen und Bildungswerke der KEB sich seit vielen Jahren im Segment der Frühförderung und der frühkindlichen Bildung. Zertifikatskurse wie der vierzig Stunden umfassende Kurs „Begleitung in der Erziehung“ nehmen die Eltern wie die Gruppenleiter/-innen ins Visier, thematisieren Grundlagen der Bindungstheorie, der Entwicklungspsychologie, Umgang mit Medien und vieles mehr, um die frühe Phase der Elternschaft zu begleiten. Eine Weiterentwicklung erfährt dieser Ansatz durch die Kooperation mit dem Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) im Rahmen des Projektes „Parens“, das sich zum Ziel gesetzt hat die pädagogische Arbeit in Eltern-Kind-Gruppen nachhaltig zu sichern.

Text: Gregor Piaskowy, stv. Leiter der Landesgeschäftsstelle der KEB

*„Orte der Integration und der
(interkulturellen) Begegnung“*



Der LV VHS wurde im Herbst 1947 gegründet. Ihm gehören heute 60 Volkshochschulen (VHS) und eine Heimvolkshochschule an. Die VHS sind mit jährlich fast 1 Mio. Teilnehmenden in über 60.000 Kursen und Veranstaltungen, die gut 2 Mio. Unterrichtsstunden umfassen, der größte Anbieter öffentlicher Weiterbildung im Land Niedersachsen. Mit ihren rund 400 Haupt- und Außenstellen sind sie nahezu flächendeckend präsent. Mehr als 50% der öffentlich geförderten Unterrichtsstunden in Niedersachsen decken die VHS mit ihrem breit gefächerten Angebot ab. Alle VHS sind entweder nach AZAVplus, LQW oder nach DIN EN ISO 9001 qualitätstestiert, für Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit liegt die Zertifizierung nach AZAV vor.

Bezahlbare Angebote zu allgemeiner, sprachlicher, politischer, kultureller, gesellschaftlicher- und beruflicher Bildung, die sich an alle interessierten erwachsenen Menschen richten, sind das Credo der VHS. Ausdifferenziert lassen sich die Themen in verschiedenen Programmbereichen wie Gesellschaft/Umwelt/Pädagogik, Kultur/Kreativität/Gestalten, Gesundheit/Ernährung, Sprachen, Arbeit/Beruf/EDV sowie Grundbildung/Alphabetisierung/Schulabschlüsse verorten. Aktuelle Aufmerksamkeit ist den folgenden Themen und Akzenten gewidmet: Bildungsberatung, Offene Hochschule, Frühkindliche Bildung, Kooperation mit Schulen, Demografische Entwicklung und Integration. Spezielle Programme richten sich an bestimmte Zielgruppen, wie z.B. Beispiel Junge VHS, VHS und Schule, VHS und Kita, VHS für Migrant/-innen, VHS für arbeitssuchende Jugendliche und Erwachsene, VHS für Senior/-innen, VHS für Arbeitnehmer/-innen.

Der Landesverband unterstützt, fördert und begleitet die VHS in ihrer Arbeit. Zu seinen Aufgaben gehören u.a. die Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches, die bildungspolitische Interessenvertretung, die Entwicklung von Bildungsprogrammen und Lehrgangssystemen einschließlich entsprechender Lehrmaterialien, die Durchführung von verbandlichen Prüfungen und Organisation bundesweiter und europäischer Prüfungen in einer eigenen Prüfungszentrale, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für alle interessierten Mitgliedseinrichtungen sowie die Information, Beratung und Sicherung der Mitarbeiterfortbildung. Seit 2014 gibt es bundesweit einen gemeinsamen Markenauftritt, der den Wiedererkennungswert der „Marke“ VHS positiv beeinflusst.

Zusätzlich vertritt der Landesverband die VHS in verschiedenen Gremien und Verbänden und pflegt so die Vernetzung mit den Kommunen sowie mit den 15 weiteren Landesverbänden der Volkshochschulen und dem Deutschen Volkshochschulverband. Die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Einrichtungen, Organisationen und Initiativen auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene sowie themengebundene Kontakte zu Ministerien auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene ermöglicht den VHS die Konzeption eines vielfältigen Bildungsangebots auf der Höhe der Zeit.

Weitere Informationen zur Arbeit des Landesverbandes und zu Bildungsangeboten der VHS erhalten Sie unter: www.vhs-nds.de

Das große ABC der Grundbildung

Über 30 Jahre Alphabetisierung an den Volkshochschulen in Niedersachsen

Grundbildung wird häufig auf die Bereiche Lesen und Schreiben reduziert bzw. auf das, was man eigentlich in der Grundschule hätte lernen sollen. Das Feld der Grundbildung hat sich jedoch inzwischen stark ausdifferenziert. Dies wird umso deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, was Volkshochschulen in den letzten Jahrzehnten in ganz Niedersachsen geleistet haben.

Ende der 70er Jahre gab es die bundesweit ersten Alphabetisierungskurse in Bremen und Berlin. Zu Beginn der 80er kamen auch Kurse in Niedersachsen dazu, wo das Angebot schnell ausgeweitet wurde. Sowohl in den Großstädten Braunschweig und Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück, als auch in mittelgroßen Städten von Aurich bis Salzgitter konnten im offenen Programm Teilzeitkurse belegt werden.



1983 starteten dann bereits erste vom Landesverband der Volkshochschulen organisierte Fortbildungen in diesem Bereich. Zunächst als Wochenendveranstaltungen konzipiert, wurden diese schnell erweitert, so dass eine über ein ganzes Jahr verteilte Fortbildungsreihe mit 160 Unterrichtsstunden entstand. Die Fortbildungen konnten mehrmals vollbesetzt durchgeführt werden. Das lag zum einen daran, dass die Kosten größtenteils übernommen wurden und somit erschwinglich waren. Zum anderen gab es einen breiten Konsens über die pädagogische Notwendigkeit entsprechender Angebote. Auch bundesweit wuchs das Interesse

an diesem Themenbereich: Am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein erster Förderschwerpunkt eingerichtet, der als Vorläufer der gegenwärtigen Förderschwerpunkte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bewertet werden kann. Hierbei ging es um die Erweiterung der Alphabetisierungsarbeit hin zur „Elementarbildung“, d.h. Angebote zum Lesen und Schreiben wurden ergänzt um Basisenglisch, Alltagsmanagement oder erste Computerkurse. Somit wurde hier erstmalig das ins Visier genommen, was wir heute unter Grundbildung verstehen. Auch die Lernberatung sowie die Vermittlung von ‚Lernen lernen‘ wurden in dieser Zeit zentral. Allerdings war und ist eine solche Ausdifferenzierung und Konzepterweiterung in der operativen Ausgestaltung nicht überall möglich. Gerade die Großstädte konnten bei vielen Angeboten häufig volle Kurse vermelden.

In den 90er Jahren wurden verstärkt arbeitsplatzorientierte Kursinhalte einbezogen. Es begann die Diskussion um die Förderung durch Arbeits- und Sozialämter, und somit über die Konzeption und Finanzierungsmöglichkeit von Intensivkursen. Dies konnte an einigen Stellen durch individuelle Kurskonzepte und Verhandlungen vor Ort umgesetzt werden. Eine umfassende und zentral geregelte Förderung ist aber bis heute daraus nicht erwachsen.

Diese inhaltliche begrüßenswerte Entwicklung hatte jedoch auch negative Folgen: einige Einrichtungen konnten diesen einerseits sehr arbeitsaufwändigen, andererseits jedoch häufig defizitären Bereich nicht aufrecht halten.

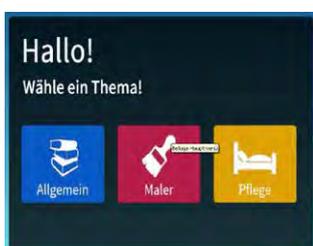
Zudem stagnierten an vielen Orten auch die Teilnehmerzahlen – auch in Niedersachsen. Zu klären bliebe immer noch, warum selbst die niedrige Hemmschwelle Volkshochschule für viele betroffene Menschen zu groß wurde.



Mit den Förderschwerpunkten und Kampagnen des BMBF wurde der Differenzierungs- und Professionalisierungsprozess weitergeschrieben. Viele Projekte, gerade auch über den Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) und die Volkshochschulen in Niedersachsen, brachten sowohl in der Kursleiterfortbildung (ProGrundbildung) als auch in den Kurskonzepten neue Impulse: Aufsuchende Bildungsarbeit, Selbsthilfegruppen, Netzwerkarbeit und vieles mehr. Auch die Entwicklung digitaler Lernmaterialien wurde in Niedersachsen vorangetrieben. Digitale Medien spielen im Unterricht der Alphabetisierung und Grundbildungskurse heute eine weitaus größere Rolle als noch vor wenigen Jahren. Sie haben Lernkultur, Lernintensität und Lerntransfer wesentlich verändert. Die Vermittlung von Medienkompetenz – als vierte Kulturtechnik – wurde fester Bestandteil der Grundbildung.

Trotzdem zeigten Studien in der Zwischenzeit, dass die Schere zwischen Bedarf (leo. Level-One-Studie, Universität Hamburg) und Zielgruppengewinnung (Verbleibsstudie, DIE Bonn) auseinanderging. Hier setzen inzwischen auf Bundesebene die Nationale Strategie für Grundbildung und in Niedersachsen die Initiative der Regionalen Grundbildungszentren (RGZ) an.

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) fördert seit 2012 zunächst fünf, inzwischen acht Zentren (die meisten von ihnen Volkshochschulen) mit dem Ziel, deren über Jahrzehnte gewonnene Erfahrung



und Kompetenz im Handlungsfeld Alphabetisierung und Grundbildung wirksam zu bündeln und weiter zu entwickeln. Die in den RGZ entworfenen und erprobten Leitfäden, Konzepte, Kursformate und Lernmaterialien sowie Fortbildungen werden für alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Niedersachsen zur Verfügung gestellt. Das Landesvorhaben wird gemeinsam durch den Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V. und die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung koordiniert und entwickelt.

Die in der zurückliegenden UN-Dekade vom Bundesverband für Alphabetisierung und Grundbildung für ihr Engagement ausgezeichneten Personen (Politiker/-innen, Teilnehmende, Kursverantwortliche) stammen mehrheitlich aus Niedersachsen. Auch hat sich die Arbeit der niedersächsischen Volkshochschulen auf Bundesebene als beispielhaft und standardsetzend erwiesen. Trotzdem ist und bleibt auch hierzulande die Finanzierung der oft aufwändigen Kurse ein Manko. Die Bedarfe sind da. Sie erfordern aber eine andere Art der Förderung als die klassische Kursfinanzierung. Und: **Grundbildung muss in ein umfassendes gesellschaftliches Fort- und Weiterbildungsverständnis eingebettet sein.**

Text: Dr. Kay Sulk (LV VHS), Ute Koopmann (VHS Braunschweig), Achim Scholz (VHS Oldenburg)

Willkommen ... um zu bleiben!

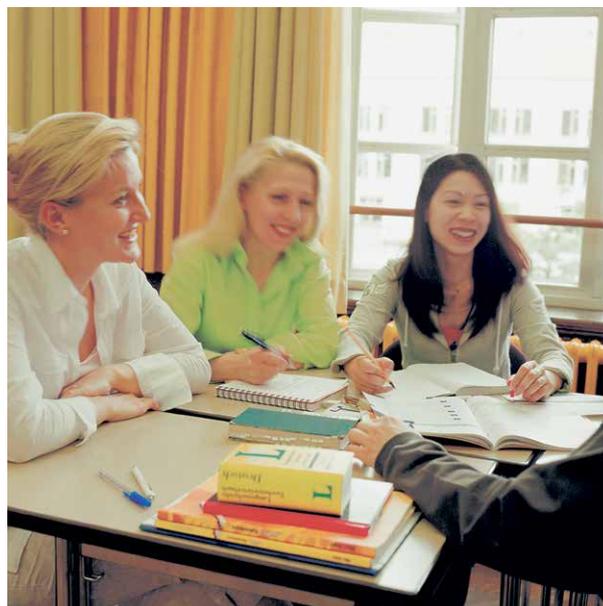
60 Jahre Integration in Niedersachsen

Volkshochschulen bringen Menschen zusammen

Integration ist kein Selbstläufer, sondern ein aktiver individueller und gemeinschaftlicher Prozess. Grundlagen hierfür sind sprachliche Fertigkeiten, gesellschaftliche Kenntnisse und interkulturelle Kompetenzen sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt. Integration entwickelt sich in kommunalen Netzwerken. Die Volkshochschulen in Niedersachsen bieten hierbei flächendeckend ein zeitnahes sowie bedarfsgerechtes und qualitätsgeprüftes Angebot für alle Menschen ohne Ansehen der Person.

Dieses Angebot hat inzwischen eine lange Tradition – aber es hat auch eine besondere historische Entwicklung durchlaufen. In den 50er und 60er Jahren war das Deutschprogramm an Volkshochschulen noch ein marginaler Bereich. Es zielte auf Personen ab, die nach Deutschland gekommen waren, um zu studieren, und hierfür ein Deutsches Sprachdiplom benötigten.

Einen Schritt zu einem alltagsorientierteren Angebot markierten die 70er Jahre mit einer ersten kommunikativ ausgerichteten Sprachprüfung. Das Zertifikat Deutsch war vom Goethe-Institut zusammen mit den Volkshochschulen für ein mittleres Sprachniveau entwickelt worden und auch das Kursprogramm zielte nun in diese Richtung. An immer mehr Orten fand Unterricht in „Deutsch als Fremdsprache (DaF)“ bzw. „Deutsch für ausländische Arbeitnehmer (DaA)“ statt, häufig in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Denn als sogenannte „Gastarbeiter“ für den deutschen Arbeitsmarkt angeworben wurden, war für die ausländischen Arbeitnehmer kein öffentliches Programm



zur sprachlichen Orientierung vorgesehen, sollten sie doch ohnehin mittelfristig wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Ironischerweise entwickelten sich öffentlich geförderte Programme erst nach dem Anwerbestopp von 1973. Mit Bundesmitteln wurden über den Sprachverband Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V. diverse Kursangebote bereitgestellt. Zunächst nur für die ursprünglichen Anwerbeländer gedacht, später auch für andere zugänglich, ermöglichten diese mit einer guten finanziellen Ausstattung sogar sozialpädagogische Betreuung und begleitende Maßnahmen. Der Unterricht fand häufig berufsbegleitend in Teilzeitkursen statt.



„Die Volkshochschulen haben in den letzten 60 Jahren immer mehr Menschen willkommen geheißen und zusammengebracht. Sie haben Integration ermöglicht.“

Aber auch spezielle Sprachkurse für Aussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge entstanden zu dieser Zeit. Die damalige Bundesanstalt für Arbeit stattete diese Programme mit Bundesmitteln für Vollzeitkurse aus. Auch und besonders in Niedersachsen erreichte dieses Programm beachtliche Dimensionen zum Beispiel für die vietnamesischen Flüchtlinge in der zweiten Hälfte der 70er Jahre oder für die Aussiedler aus Polen in den früheren 80er Jahren. Waren die Volkshochschulen zunächst wenig eingebunden, entwickelten sie sich in manchen Regionen schnell zu Hauptakteuren dieses Programmes. Parallel hierzu hatten sich in den 80er Jahren die großstädtischen Volkshochschulen mit Intensivkursen für Personen unabhängig von der jeweiligen Herkunft und vom Zuwanderungsgrund auf dem freien Markt etabliert. Der Mauerfall von 1989 brachte für fast alle Volkshochschulen dann endgültig eine neue Gewichtung dieses vormals eher nebenrangigen Aufgabenfeldes. Zu dieser Zeit, in der zahlreiche Aussiedler aus den GUS-Staaten nach Deutschland kamen, etablierten sich die Volkshochschulen schnell als einzige Einrichtung, die für den stark steigenden Kursbedarf flächendeckend (also

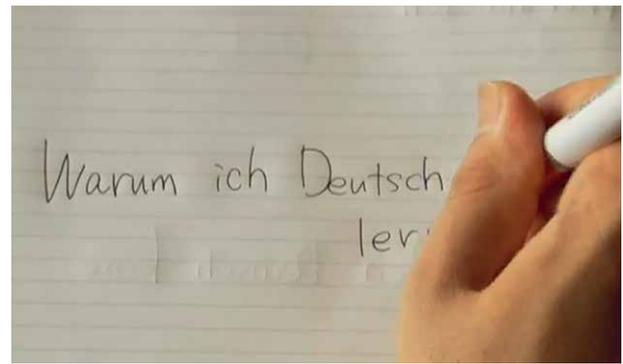
auch in den ländlichen Regionen) ein differenziertes Angebot passgenau vorhalten konnte. Die Volkshochschulen hatten nicht nur die notwendigen Ressourcen und das methodisch-didaktische Knowhow. Sie hatten allein dadurch, dass sie alle größeren Sprachen häufig durch herkunftssprachliche Lehrkräfte anboten, auch bereits die hierfür notwendige Sensibilität und Weltoffenheit. Die Volkshochschulen haben von jeher diese Prinzipien praktiziert – lange bevor Willkommenskultur und interkulturelle Öffnung zu gängigen Begriffen wurden.

Die Angebote zu Beginn der 90er Jahre liefen nun zunehmend unter dem Titel „Deutsch als Zweitsprache (DaZ)“ und waren häufig auf einem mittleren Niveau verortet entsprechend den heutigen Stufen B1 und B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens. Sie beinhalteten gelegentlich auch erste berufsbezogene Angebote. Diese wurden ebenfalls häufig über das Arbeitsamt als Förderung der beruflichen Weiterbildung finanziert. Über zusätzliche Mittel des Landes konnte auch die große Nachfrage nach Deutsch-Kursen für Asylbewerber bedient werden.

Mit der Anfang des neuen Jahrtausends ausgearbeiteten Idee, die Sprachverbandskurse und die Kurse für Aussiedler zusammenzuführen und letztlich allen Zielgruppen mit einer Aufenthaltsperspektive ein öffentlich gefördertes Angebot zu unterbreiten, begann dann eine neue Zeitrechnung. Das neue Zuwanderungsgesetz von 2004 führte unter anderem die Integrationskurse ein. Aus dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) entstand mit einer neuen für Integration zuständigen Abteilung das heute noch bestehende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Am Montag, den 3. Januar 2005, starteten die ersten Integrationskurse – natürlich auch gleich an diesem Tag an mehreren niedersächsischen Volkshochschulen. Seitdem bieten fast alle Volkshochschulen in Niedersachsen diese Kurse an: kontinuierlich und zuletzt mit stark steigenden Kurszahlen. 2013 haben in Niedersachsen 7.213 Personen einen von 639 Integrationskursen begonnen, etwa 40 % davon an Volkshochschulen.

Dabei haben die Volkshochschulen rasch, durch Kursleiterqualifizierungen, der Bereitstellung von Kursmaterialien und anderen Maßnahmen für eine Qualitätssicherung gesorgt. Die durch das NEBG geschaffenen Finanzierungsmöglichkeiten ermöglichten bereits früh



(z.B. ab 1980 mit Einführungskursen für Lehrende in den Aussiedlerkursen) ein kontinuierliches und stark frequentiertes Fortbildungsangebot. Seit 2004 bis heute ist der Landesverband als akkreditierter Träger der Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte in Integrationskursen auch exklusiver Anbieter für den gesamten norddeutschen Raum. In dieser Zeit wurden über 120 Lehrgänge für über 1700 Lehrende durchgeführt.

Die Bemühungen der Volkshochschulen zielten darauf ab, nicht nur für eine kommunale Anbindung zu sorgen, sondern auch die Netzwerkbildung bei der Integrationsarbeit voranzutreiben. Häufig waren und sind die Volkshochschulen eine der ersten Anlaufstellen und somit auch Kernberatungsstelle bei der Ankunft der Zuwanderer in Deutschland. Hierbei wurde und wird die Vermittlung in den Arbeitsmarkt inkl. der Anerkennungsberatung von beruflichen Vorqualifikationen mitgedacht.

Berufsbezogener Deutschunterricht lag frühzeitig auch in den Händen der niedersächsischen Volkshochschulen. Auch bei der Einführung des ESF-BAMF-Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung von Migranten konnten die Volkshochschulen sich breit aufstellen. In diesem Programm wurden über die letzten Jahre hinweg knapp zwei Drittel der niedersächsischen Fördergebiete durch Volkshochschulen entweder als Hauptantragssteller oder als Kooperationspartner versorgt.

Berufliche Anbindung, Berücksichtigung der Diversität der Lebensumstände, kommunale Vernetzung, ein differenziertes und bedarfsgerechtes Kursangebot: die Volkshochschulen haben in den letzten 60 Jahren immer mehr Menschen willkommen geheißen und zusammengebracht. Sie haben Integration ermöglicht.

Text: Dr. Kay Sulk (LV VHS), Dieter Lurz (VHS Braunschweig)

„Gemeinsam lernen – sinnvoll leben“



Die LEB wurde im Jahr 1951 als gemeinnützige sowie parteipolitisch und weltanschaulich unabhängige Bildungseinrichtung in Hannover gegründet. Die Bildungsarbeit erfolgt heute überwiegend in Zusammenarbeit mit rund 2000 Gruppen und Vereinen in 36 ehrenamtlich geleiteten Kreisarbeitsgemeinschaften in der Rechtsform eingetragener Vereine sowie in 4 Regional- und 9 Beratungsbüros und 13 örtlichen Bildungszentren, die hauptamtlich besetzt sind. Eine enge Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten besteht mit den zwei Justizvollzugsanstalten Rosdorf und Bremervörde sowie der Jugendanstalt Hameln, mit der Arbeitsverwaltung sowie mit Kommunen, Bundes- und Länderministerien und der Europäischen Union.

Das Leitziel der LEB ist es, zu einem flächendeckenden und bedarfsgerechten Bildungsangebot in Niedersachsen beizutragen, welches alle Bereiche der allgemeinen, kulturellen, gemeinwohlorientierten und beruflichen Erwachsenenbildung umfasst und allen Erwachsenen offen steht. Spezielle Angebote richten sich an Frauen (z.B. Landfrauen, Berufsrückkehrerinnen, Unternehmerfrauen), an sozial benachteiligte Gruppen (wie z.B. Langzeitarbeitslose, Migranten/Aussiedler, Suchtkranke) und an Strafgefangene.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Bildungsarbeit im ländlichen Raum und an sozialen Brennpunkten, wo es besonders um die Förderung des kulturellen Lebens in den Gemeinden, die Integration

benachteiligter Gruppen, die berufliche Fort- und Weiterbildung sowie die Bewältigung des Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft geht.

Die LEB deckt ein sehr breites Themenspektrum ab: Neben speziellen Angeboten im Bereich Beratung/Coaching, Assessment oder Inklusion finden verschiedenste Veranstaltungen zu (gesellschafts-) politischen Fragen, zur Werte- und Normenorientierten Bildung, zur Umweltbildung, zu Erneuerbaren Energien und Klimaschutz, zu Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement, zur Medienkompetenz, zur Persönlichkeitsbildung, zu Erziehungs- und Schulfragen, zur Grundbildung und zum Zweiten Bildungsweg, zu Gesundheit und Ernährung, zur Länder- und Heimatkunde, zu (Qualitäts-) Management und Marketing, zu Tourismus im ländlichen Raum oder zur kulturellen Bildung statt.

Seit 1997 ist die LEB nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert, darüber hinaus ist sie seit 2006 ein zugelassener Träger der beruflichen Weiterbildung nach AZWV bzw. AZAV. Eine regelmäßige interne Evaluation der angebotenen Dienstleistungen wird durch jährliche externe Prüfungen ergänzt, so dass eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Optimierung der Angebote gewährleistet ist.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten der LEB finden Sie unter:
www.leb-niedersachsen.de

Erwachsenenbildung als Motor und Impulsgeber im ländlichen Raum

Besonderheit und Arbeitsweise der LEB

Die Arbeitsweise der LEB beruht historisch seit der Gründung in der Nachkriegszeit auf der engen Zusammenarbeit und Verbundenheit mit den lokalen Akteuren. Bildungspluralität auf Augenhöhe bestimmt das Selbstverständnis der LEB. Von jeher ist die LEB durch den Kooperationsansatz mit den gesellschaftlichen Entwicklungen, Veränderungen und Problemen im gesamten Flächenland Niedersachsen vertraut.

In Kooperation mit ganz unterschiedlichen, vor allem ehrenamtlich organisierten Gruppen und Vereinen, den sog. „örtlichen Ausrichtern“ konzipiert, plant und begleitet die LEB Bildungsvorhaben, und Initiativen und stellt dabei ortsnahe Infrastruktur (Räume, Fachräume, Arbeitsmittel) zur Verfügung. Die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter/-innen ermitteln im Beratungsgespräch die heterogenen Bedarfe der einzelnen Gruppen und geben neue Impulse zu Inhalten, Bildungsformaten und Lernformen.

Gerade der ländliche Raum ist soziokulturell durch sehr unterschiedliche gesellschaftspolitische, religiöse oder wirtschaftliche Interessengruppen geprägt. In der Vereins- und Gruppenstruktur sowie der ausgeprägten Multiplikatorenfunktion ehrenamtlicher Akteure in den Dörfern liegt eine strukturelle Herausforderung und zugleich große Chance für die Erwachsenenbildung im ländlichen Raum.

In unterschiedlichsten Bildungsformaten wird das Potenzial zur Entwicklung von Perspektiven zum Zusammenleben und Zusammenwirken im ländlichen Raum genutzt. Pädagogisch begleitet kommen die Teilnehmer/-innen miteinander ins Gespräch, lernen gemeinsam und erwerben breites Wissen. Die politische

Urteils- und Handlungskompetenzen werden im Sozialraum gestärkt – nicht zuletzt um soziale und gesellschaftspolitische Fragen und Konflikte zu lösen. Durch innovative Bildungsangebote (Projektarbeit, Diskussionsforen, Arbeits- und Gesprächskreise) werden integrative Prozesse für das gemeinsame Leben und Arbeiten im ländlichen Raum vorbereitet und unterstützt.

Herausforderungen im demografischen Wandel

Die Bildungsarbeit im ländlichen Raum ist infolge der bekannten Erschwernisse (z.B. große Entfernungen, niedrigere Teilnehmerzahlen, geringe Infrastruktur) schwieriger und kostenaufwändiger als in städtischen Regionen. Trotzdem ist sie gerade im Flächenland Niedersachsen, in dem zwei Drittel der Bevölkerung im ländlichen Raum leben, von größter Bedeutung. Die Möglichkeit, Weiterbildungsangebote mit angemessenem Aufwand in einem vertretbaren zeitlichen





„Durch höhere Bildungsabschlüsse versucht die LEB der „Bildungswanderung“ von jungen Frauen entgegenzuwirken: Die Bildung von Frauen in Familie, Beruf und Ehrenamt bildet deshalb einen Schwerpunkt ihrer Bildungsarbeit.“

Rahmen zu erreichen, ist für die ländliche Bevölkerung ein wichtiger Teil der Lebensqualität und stellt zudem einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar, den es bei allen regional- und strukturpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen gilt. Die Sicherstellung einer flächendeckenden Grundversorgung im Bereich Erwachsenenbildung sowie das Erreichen von Bildungsgerechtigkeit sind zentrale Zukunftsaufgaben für das Land Niedersachsen.

In Bezug auf die demografische Entwicklung im ländlichen Raum gilt es die „Bildungswanderung“ besonders von jungen Frauen im Blick zu behalten: Über 50% der unter 30-jährigen denken über einen Wegzug nach; verstärkend wirken insbesondere ein höherer Bildungsabschluss sowie der Wunsch nach (mehr) Erwerbsarbeit. Die Bildung von Frauen in Familie, Beruf und Ehrenamt bildet deshalb einen Schwerpunkt der LEB-Bildungsarbeit. Ziel ist es, eine stärkere Auseinandersetzung mit den regionalen Herausforderungen der Zukunft anzustoßen. Praxisnahe Bildungsbedarfe ergeben sich zu Themenfeldern wie Lebensqualität, Wohnsituation, Mobilität, Lebendigkeit und Wirksamkeit des ehrenamtlichen Engagements, aber auch zu Möglichkeiten und Grenzen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder von Beruf und Pflege. In diesem Rahmen erarbeitet die LEB z.B. gemeinsam mit kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Landfrauenverbänden,

Kammern, Betrieben, Unternehmerfrauen, Mehrgenerationenhäusern und Mütterzentren sowie unabhängigen Fraueninitiativen Bildungskonzepte, die an die lokalen Bedingungen angepasst werden, wie z.B. die Ausbildung von Gästeführer/-innen in Zusammenarbeit mit Tourismusverbänden (Themenführungen zur modernen Landwirtschaft, Qualifizierung in der Kindertagespflege in Kooperation mit Kommunen, Erzeuger/Verbraucherdialog, Weltkulturerbe Wattenmeer, Geest, Moor und Waldflächen etc.) oder die Qualifizierung von Seniorenbegleiter/-innen. Angesichts des demografischen Wandels fördert die LEB mit innovativen Bildungsformaten den Dialog und Erfahrungsaustausch unter den Generationen, um das Bewusstsein für die gegenseitige Verantwortung zu stärken, wie z.B. das im Jahr 2013 mit dem Innovationspreis des nbe ausgezeichnete Projekt „Leinfischer im Netz“ zeigt.

Die LEB leistet zusammen mit den ihr angehörigen Gruppen und Vereinen jährlich ca. 200.000 Unterrichtsstunden (ca. 80% des Arbeitsumfangs) außerhalb von Ballungsgebieten im ländlichen Raum. Mit ihrem partizipativen bedarfsgerechten Bildungsansatz leistet die LEB wesentliche Beiträge zur Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen und innovativer Lösungsansätze.

Perspektiven und Entwicklungskonzepte ländlicher Bildungsarbeit

Die richtigen bildungspolitischen Weichenstellungen angesichts des demografischen Wandels beschäftigen nicht nur vor dem Hintergrund der großen Unterschiede zwischen den Regionen Niedersachsens, sondern auch in Bezug auf die unterschiedlichen Entwicklungen zwischen städtischen und den ländlichen Räumen. Welche Chancen zeichnen sich jeweils in der zukünftigen Entwicklung ab? Welchen Beitrag können Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement zur Entwicklung der Lebensbedingungen vor Ort leisten?

Das gewachsene Netzwerk der LEB gibt den einzelnen Gruppen und Vereinen die Chance, den Herausforderungen des ländlichen Raumes durch regional wie



Cornelia Luer-Hemping und Wendy Ramola vom LEB Beratungsbüro Göttingen freuen sich über den Innovationspreis 2013 für ihr Projekt „Leinfischer im Netz“.

inhaltlich weit gefasste Bildungsangebote gemeinsam zu begegnen und diese aktiv mitzugestalten. Keine Gruppe ist wie die andere, sondern ist geprägt durch die räumliche Lage, die Bedingungen in den Regionen und Kommunen und nicht zuletzt durch die Menschen, die sich mit unterschiedlichsten Interessen und Motivationen engagieren. Auch wenn die infrastrukturellen Gegebenheiten sich schwieriger gestalten als in den Städten, so tragen unzählige engagierte Gruppen und Initiativen für den Erhalt der Lebensqualität und der Wirtschaftsfähigkeit des ländlichen Raums bei. Dabei bringen z.B. Bauernhöfe als Arbeits-, Lern- und Erlebnisort eine besondere Lernqualität mit sich.

Die LEB beteiligt sich mit ihrer Erfahrung in der gruppen- und vereinsbezogenen Bildungs- und Beratungsarbeit an der Lösung drängender gesellschaftlicher und sozialer Probleme. Sie baut Brücken in ländlichen sozialen Brennpunkten durch die Ausbildung von Integrationslotsen, durch Integrationsberatung, durch Bildungsarbeit im Strafvollzug unter Einbindung von Ehrenamtlichen oder durch die sozialräumliche Anbindung von Menschen mit psychischer Beeinträchtigung.

Text: Jürgen Rieger



„Nachhaltig lernen“

Im Jahr 1949 gründeten die Leiter von sieben Heimvolkshochschulen (HVHS) in Niedersachsen eine Arbeitsgemeinschaft, aus der der Landesverband der Heimvolkshochschulen (LV HVHS) entstanden ist. Heute haben sich darin alle 23 vom Land als förderungsfähig anerkannten HVHS zusammengeschlossen.

HVHS bieten mehrtägige Seminare mit Unterbringung an. Ihre Arbeit ist geprägt von einem integrativen ganzheitlichen Bildungsansatz. Über die Vermittlung von Fachwissen hinaus geht es um die Reflexion gesellschaftlicher und politischer Strukturen sowie um die soziale und persönliche Entwicklung der Teilnehmer/-innen. Das Zusammenleben unter einem Dach auf Zeit ist Teil des pädagogischen Konzeptes und dient dem intensiven Austausch von Lerngruppe und Lehrenden im Unterricht wie in der gemeinsamen Freizeit. Die Inhalte der Angebote sind breit gefasst: Neben Formaten zum Kompetenzerwerb in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Ökologie, Gesundheit, Philosophie, Religion, Kultur/Kreativität gibt es berufsbezogene Weiterbildungen, Internationale Seminare sowie Fortbildungen in den Bereichen EDV/Medien, Persönlichkeitsbildung, Lebenshilfe bzw. -fragen, zur Vorbereitung auf ein Studium oder zum Nachholen von Schulabschlüssen.

Die Angebote der HVHS richten sich an alle interessierten Erwachsenen – und in Ausnahmefällen auch an Kinder. Arbeitnehmer/-innen und Führungskräfte aus pädagogischen und sozialen Berufen, Hauswirtschaft und „grünen Berufen“, öffentlicher Verwaltung, Kita und Schule nehmen an den Seminaren teil, aber auch junge Erwachsene, Studierende und Auszubildende, Betriebs- und Personalräte, Alleinerziehende, Mütter oder Väter mit ihren Kindern, ganze Familien und Senioren, Homosexuelle, freiwillig Engagierte sowie Behinderte. In einigen Heimvolks-

hochschulen finden daneben Juniorakademien für besonders begabte Schüler/-innen statt

Die HVHS in Niedersachsen überprüfen entsprechend NEBG § 9 und 10 regelmäßig die Qualität ihrer Arbeit und sind zertifiziert – entweder nach EN ISO 9001 oder nach LQW.

Der Landesverband der HVHS e.V. ist für die Zusammenarbeit der Heimvolkshochschulen und den Austausch mit der Landespolitik und anderen Einrichtungen des Bildungswesens zuständig. Er unterstützt die HVHS bei der Umsetzung ihres besonderen pädagogischen Konzeptes und fördert die Vernetzung und den Wissenstransfer. Er vertritt die Interessen der Mitglieder in der (Fach-)Öffentlichkeit und im bildungspolitischen Diskurs durch wissenschaftliche Veröffentlichungen, Broschüren und Pressearbeit sowie die eigene Website und eine Präsenz bei Facebook. Sein Ziel ist es, den Wert residenziellen Lernens als unverzichtbare Säule der Erwachsenenbildung deutlich zu machen.

Vertreter/-innen des Landesverbandes der HVHS arbeiten auch in Initiativen und Gremien anderer Verbände und Institutionen mit. Kooperationspartner sind oder waren u.a. mehrere Landesministerien, die Servicestelle Offene Hochschule Niedersachsen, das Nds. Institut für frühkindliche Bildung, die Nds. Landesmedienanstalt, kirchliche und ländliche Verbände, Gewerkschaften, der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der Verband der Bildungszentren im Ländlichen Raum, die Bundeszentrale für Politische Bildung sowie die Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten der Heimvolkshochschulen erhalten Sie unter: www.landesverband-hvhs.de

Leben und Lernen unter einem Dach

Nur wenige Heimvolkshochschulen in Niedersachsen tragen die traditionelle Bezeichnung noch im Namen – manche nennen sich inzwischen Bildungszentrum, andere Bildungsstätte, Tagungshaus oder Akademie. Auch die Gründungsgeschichten sind verschieden. So gibt es im Landesverband Heimvolkshochschulen mit Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung, bei den Kirchen, dem Landvolk und sogenannte freie Bildungseinrichtungen. Doch trotz der Unterschiede eint sie die Überzeugung: Bildung braucht Zeit, gelingt am besten in Gemeinschaft mit anderen und an einem angenehmen Lernort mit Distanz zum Alltag. Alle Heimvolkshochschulen bieten deswegen mehrtägige, manchmal auch mehrwöchige Seminare mit Unterbringung in der Einrichtung an.

Besonderes pädagogisches Profil

Obwohl die Heimvolkshochschulen heute mit rund 380.000 Teilnehmertagen im Jahr zu den wichtigsten Seminaranbietern in Niedersachsen gehören, ist der Öffentlichkeit über die besondere HVHS-Bildungsarbeit nicht viel bekannt. Es gibt auch kaum wissenschaftliche Literatur darüber. Unter anderem um diese Lücke zu füllen hat der Landesverband im Jahr 2011 eine Studie in Auftrag gegeben, die das pädagogische Profil, die Lernprozesse und den gesellschaftlichen Nutzen der Heimvolkshochschulen untersucht.

„Allen Heimvolkshochschulen ist gemeinsam, dass sie sich Zeit nehmen für Lernprozesse. Bei aller Praxisorientierung lernen wir hier auch auf Vorrat.“

Leiter einer HVHS im Interview mit Dr. Falko von Ameln



Der Vorsitzende Wolfgang Borchardt eröffnet eine Versammlung

18 Monate lang haben Dr. Falko von Ameln und ein Team vom Institut „ArtSet® Forschung, Bildung, Beratung“ aus Hannover recherchiert, haben ausführliche Interviews mit Teilnehmenden, HVHS-Leiter/-innen, angestellten Pädagog/-innen und mit externen Dozent/-innen durchgeführt. Sie haben selbst an Seminaren in Heimvolkshochschulen teilgenommen und dort, aber auch online und telefonisch Teilnehmende befragt.

„Niedersächsische Heimvolkshochschulen weisen eine Reihe von Merkmalen auf, die in dieser Konstellation einzigartig sind“, hat Dr. Falko von Ameln dabei herausgefunden. Ganz wesentlich ist für ihn das besondere HVHS-Bildungsverständnis: Es verbinde Allgemein- und Persönlichkeitsbildung im humboldtschen Sinne mit der Sorge für das Gemeinwohl und das demokratische Gemeinwesen, so von Ameln.

Bildungsziel: Eine eigene Haltung

Viele Seminare in Heimvolkshochschulen sind auf gesellschaftspolitische Themen ausgerichtet - wie etwa die Qualifizierung für Ehrenämter oder Fortbildungen für Multiplikator/-innen zur Inklusion. Persönliche und



HVHS-Fachleute und Gäste bei einer Tagung des Landesverbandes zum Thema Offene Hochschule

„Es ist schön, zum Lernen ein paar Tage weg zu sein, weil zu Hause so viele Dinge dazwischen kommen. In der HVHS kommt nichts dazwischen.“

Seminarteilnehmerin in der telefonischen Befragung zur HVHS-Studie

politische Bildung und Kompetenzerwerb gehören im Verständnis der Heimvolkshochschulen zusammen. „Dieses Verständnis findet sich in so gut wie allen Programmbereichen wieder“, weiß von Ameln. Ziel sei vor allem, dass die Teilnehmenden im Verlauf des Seminars eine eigene Haltung herausbilden und, sie zu stärken, diese Haltung selbstbewusst zu vertreten.

Für das Selbstverständnis der HVHS ist das traditionelle Konzept des Lebens und Lernens unter einem Dach zentral. Das hat auch die Untersuchung deutlich gezeigt. Mehrtägige, manchmal auch mehrwöchige Seminare mit Übernachtung im Bildungshaus bieten ausreichend Zeit und Abstand zum Alltag, um sich mit den angebotenen Themen, aber auch mit den anderen Menschen und Meinungen in der Gruppe zu befassen und die Seminarinhalte für die eigene Person zu reflektieren. In der Online-Befragung von 298 Teilnehmenden stimmten 91,6 Prozent der Aussage „Hier gewinnt man Abstand zum Alltag – der Kopf wird frei für neue Gedanken“ (...) zu.

Bildung als sozialer Prozess

Bildung wird in Heimvolkshochschulen als grundlegender sozialer Prozess verstanden. Die Begegnung

und der Austausch mit den anderen Teilnehmenden bestimmen nicht nur das eigene Lernen, sondern fungieren auch als Modell für demokratisches Zusammenleben. Entsprechend versteht sich die Arbeit der HVHS nicht nur als Dienstleistung, sondern als Beziehungsangebot. Das zeigt sich auf der persönlichen Ebene in einem engen Bezug zwischen Dozent/-innen und Teilnehmenden und auf der institutionellen Ebene als Angebot einer die Biografie begleitenden Lernpartnerschaft.

Auch die Rolle der pädagogischen Mitarbeiter/-innen „stellt eine Besonderheit von Heimvolkshochschulen dar, die sie gegenüber anderen Bildungsorganisationen auszeichnet: Sie sind nicht nur als Programmgestalter/-innen in ihrem Fachbereich aktiv, sondern in hohem Maße auch selbst in der Dozent/-innenrolle in den Veranstaltungen“, so die Wissenschaftler.

Heimvolkshochschulen wollen Orte sein, zu denen die Teilnehmenden in bestimmten Lebensphasen immer wieder zurückkehren, um sich zu bilden, persönliche Fragen zu reflektieren und Stärkung zu erfahren. Wie die Online-Befragung von 298 Seminarteilnehmenden

zeigte, nutzt ein großer Teil der Klientel die HVHS tatsächlich in diesem Sinn.

Die Online-Befragung hat auch deutlich gemacht, dass es den Heimvolkshochschulen gelingt, einen hohen Anspruch der Leiter/-innen in die Praxis umzusetzen. „Auch wenn man in Rechnung stellt, dass bei der Evaluation von Bildungsveranstaltungen allgemein sehr positive Bewertungen abgegeben werden, sind die hohen Zustimmungswerte der Online-Befragung bemerkenswert und ein eindrucksvolles Zeugnis für das Qualitätsniveau der niedersächsischen HVHS“, so der Wissenschaftler.

„Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter steht für etwas in einer Heimvolkshochschule; jedes Thema hat ein Gesicht“

HVHS-Leiter im Interview über sein pädagogisches Team

Text: Annette Volland



Typisch HVHS: Theoretisches Wissen wird im Seminar auch gleich ausprobiert



„Bildungsinitiativen aus und für Niedersachsen“

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Der VNB ist ein Bildungs- und Projektträger mit umfangreichem Portfolio. Er unterstützt Menschen, die sich persönlich oder beruflich weiterentwickeln möchten und fördert politische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement. Der VNB berät darüber hinaus Nichtregierungsorganisationen (NRO), ehrenamtliche Initiativen und Vereine. Er ist vom Land Niedersachsen als Landeseinrichtung der Erwachsenenbildung anerkannt.

Menschen Bildung nahebringen

Das VNB-Leitbild betont selbstbestimmtes Lernen: vielfältig, emanzipiert und solidarisch. Seine Bildungszentente reichen von persönlicher und berufsbezogener Qualifizierung über politische Bildung bis zu internationalem Austausch und fachübergreifender Vernetzung.

Ein wesentlicher VNB-Schwerpunkt sind Bildungsformate, die einen gänzlich anderen Zugang wählen als konventionelle Qualifizierungen: VNB-Arbeitskreise mit Angeboten der politischen Bildung, des gesellschaftlichen Empowerments sowie der Hilfe zur Selbsthilfe erzeugen in zweifacher Hinsicht Bildungsnähe:

1. Die Bildungsthemen unserer Arbeitskreise liegen nahe an den Interessen und der Lebenswirklichkeit der Teilnehmenden. Oft sind sie ihnen eine Herzensangelegenheit (z.B. im Selbsthilfebereich). Exakt wie im Gesetz formuliert: „Den Inhalt der Erwachsenenbildung bestimmen die Bildungsbedürfnisse der Erwachsenen. ...“ (NEBG §1, Abs. 2).

2. Auch die räumliche Nähe der Veranstaltungsorte ist charakteristisch für die Arbeit der VNB-Landeseinrichtung. Gemeinsam mit rund 200 institutionellen Partner/-innen bringt der VNB seine Bildungsangebote im Flächenland Niedersachsen zu den Menschen.

Hier lebt das Prinzip „Selbstorganisation in der Erwachsenenbildung“. Neben klassischen Kenntnissen bzw. Fähigkeiten und implizitem Erfahrungswissen werden so Soft Skills für viele, individuelle, gesellschaftliche und berufliche Lebenslagen und -fragen vermittelt.

Das VNB-Bildungs(netz)werk

Die über 200 Bildungspartner/-innen des VNB zeichnen ihre Zielgruppennähe und ein weit gefächertes Themenspektrum aus. So ist ein Bildungsverbund entstanden, der in Niedersachsen einmalig ist.

Der VNB entwickelt Bildungskonzepte, berät und unterstützt Menschen und Organisationen. Er konzeptioniert und betreibt unter anderem mobile, multimediale Lernausstellungen, richtet Kongresse und Fachtagungen aus und bringt seine Kompetenz und Erfahrung in lokale, überregionale und internationale Bildungsprojekte ein.

Das Ergebnis: BILDUNGSINITIATIVEN aus und für Niedersachsen!

Weitere Informationen zur Arbeit und zu Bildungsangeboten des VNB erhalten Sie unter:
www.vnb.de

Bildung für nachhaltige Entwicklung als innovativer Aspekt der Bildungsarbeit des VNB

In seiner 30-jährigen Geschichte hat der VNB als Landeseinrichtung der Erwachsenenbildung, die ihre Herkunft in den Neuen Sozialen Bewegungen hat, schon immer verschiedene Ansätze aktueller Umweltbildung in seine Bildungsarbeit integriert. Bedeutung hatte anfangs vor allem die politische Ökologie, die sich aus dem Widerstand gegen Umweltzerstörung speiste: gegen Atomanlagen, Massentierhaltung und allgemein gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Ebenso war und ist die Bildungsarbeit des VNB geprägt durch Themen wie die Herstellung globaler Gerechtigkeit, die Verwirklichung von Menschenrechten und Frieden, die Förderung von Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe an der Gesellschaft vor Ort und weltweit. Mit diesen und weiteren Themen beschäftigt sich auch das Globale Lernen, das für den VNB – analog zur Umweltbildung – ein offener Prozess ist, der eine kritische Auseinandersetzung mit der Globalität und Heterogenität der Welt und die Reflexion der eigenen Rolle darin ermöglicht.

Die Orientierung auf eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) verbindet Umweltbildung und Globales Lernen zu einer organisatorischen Einheit. Es geht aber auch um einen inhaltlichen Neuanfang, denn zur Lösung aktueller globaler Probleme muss Wissen mit Schlüsselkompetenzen verknüpft werden. Kreativität und Phantasie, vorausschauendes Denken, Verständigungs- und Kooperationsfähigkeit, Entscheidungs- und Mitwirkungsfähigkeit sind Voraussetzungen, um der Komplexität aktueller Herausforderungen, vor denen sich die Weltgesellschaft befindet, begegnen zu können.

Der Prozess der Profilierung von BNE als Bildungsschwerpunkt verlief beim VNB parallel zur UN-Deka-

de „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von 2004 bis 2014. In dieser Zeit wurde der VNB zu einem wichtigen Akteur und Promotor dieses Ansatzes in der niedersächsischen Bildungsszene.

So koordiniert er seit vielen Jahren das „Netzwerk Globales Lernen in der Bildung für Nachhaltige Entwicklung Bremen/Niedersachsen“. In diesem Netzwerk stoßen staatliche und nichtstaatliche Bildungseinrichtungen bildungspolitische Entwicklungen an. Tagungen und Bildungsprojekte werden geplant und umgesetzt. Eines der neuesten ist der Ideenwettbewerb „Heute@Morgen – ökologisch und gerecht. Frische Ideen für eine Nachhaltige Entwicklung“. In diesem Rahmen wurden Bildungsprojekte von und für junge Menschen entwickelt. Diese Konzepte verdeutlichen den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung. Sie motivieren und befähigen die Jugendlichen zur Mitarbeit an einer global und ökologisch gerechten Weltgesellschaft (www.heute-morgen.info).





„Die Orientierung auf eine ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ verbindet Umweltbildung und Globales Lernen zu einer organisatorischen Einheit“

Zur inhaltlichen Vertiefung führt der VNB einen Bildungsdialog mit seinen Partner/-innen sowohl in anderen Bundesländern als auch im Globalen Süden. So organisierte der VNB mit landes- und bundesweiten Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung mehrere sogenannte „Utopische Diskurse“ zu Fragen aus dem BNE-Bereich. Hierbei trafen sich Multiplikator/-innen, um die Geschichte ihrer Bildungsarbeit zu reflektieren und ihre Phantasien für deren Weiterentwicklung spielen zu lassen.

Niko Paech (Professor für Wirtschaft an der Universität Oldenburg) mit seinem Ansatz eines nachhaltigen Wirtschaftens ohne Wachstum und Adrienne Goehler mit dem Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens setzten hier beispielsweise inhaltliche Impulse. Diese Ansätze wurden auf ihre Auswirkungen für globales Wirtschaften befragt, auf ökologische Aspekte und die Frage der Gerechtigkeit vor Ort und im weltweiten Kontext. Der VNB hat sich mit seinen Bildungspartner/-innen so schon früh mit den Ideen einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation beschäftigt. Heute werden diese Ideen als Grundlage offizieller Politikberatung verwendet. *)

Wo immer es möglich ist, führt der VNB diesen Bildungsdialog zu Fragen von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit auch gemeinsam mit seinen Bildungspartner/-innen im Globalen Süden. **)



Neben dieser bildungspraktischen Arbeit engagiert sich der VNB mit seinen Partner/-innen dafür, diese Impulse auch in die Bildungspolitik einzubringen. So ist es erfreulicherweise gelungen, die Rolle einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Koalitionsvertrag der aktuellen niedersächsischen Landesregierung festzuschreiben. In der Drucksache 17/827 vom 23.10.2013 schreiben SPD und Grüne, dass Aktivitäten zur BNE „in Schulen und Hochschulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen initiiert und intensiviert werden“.

Fazit: Dieses Zusammenspiel von traditionellen Arbeitskreisen, innovativen und dialogorientierten Projekten sowie starker Netzwerkarbeit sind Bedingungen für das Gelingen einer Bildungsarbeit, wie sie der VNB vertritt: aktionsorientiert und nah an der Lebenswirklichkeit der Teilnehmenden. Lehrende und Lernende sind so die „Change agents“ einer nachhaltigen Entwicklung.

Die UN-Dekade zur BNE ist 2014 beendet, ihr Auftrag aber noch nicht. Die NRO-Community ist sich einig,

dass das Abschlussjahr genutzt werden muss, „Brücken in die Zukunft“ zu bauen. Nach wie vor liegt der Schlüssel für gesellschaftliches, nachhaltiges Handeln in der Bildung. Das im Herbst 2014 zu verabschiedende Weltaktionsprogramm enthält eine explizite politische Unterstützung für die BNE durch die UN („Learning today for a sustainable future“).

Einen niedersächsischen Impuls, diese Arbeit zu stärken, haben der VNB und seine Bildungspartner/-innen am 5. Mai 2014 gegeben. Sie gründeten den Verein „BNEimpulse“ als Netzwerk, das alle Aktivitäten von NRO – besonders von außerschulischen Lernorten im Bereich der Umweltbildung und des Globalen Lernens – vernetzt und Schulen, Hochschulen und freie Bildungsträger einschließt. Ziele des Vereins sind es, die BNE in die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften einzubinden sowie die „BNE-Akteure und -Projekte in ganz Niedersachsen zu vernetzen, zu fördern, um so BNE im Flächenland Niedersachsen sichtbar zu machen.“

Text: Reinhold Bömer und Gabriele Janecki

*) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Hauptgutachten. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Berlin, 2011

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/211, Von der Dekade zum Weltaktionsprogramm: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, 2014

***) vgl.: Learning to take Action. Anleitungen, die Welt von unten zu verändern, Hannover, 2011 und global patrioten. Begegnungen, Positionen und Impulse zu Klimagerechtigkeit, Biologischer und Kultureller Vielfalt, München oekom-Verlag, 2012





ZUKUNFT

Wir bilden Zukunft – Der Beitrag der Erwachsenenbildung zur Zukunftssicherung des Landes Niedersachsen

Schon heute zeichnen sich verschiedene Herausforderungen ab, die das gesellschaftliche Zusammenleben und damit auch die erwachsenenpädagogische Arbeit sicherlich nachhaltig beeinflussen werden:

- Die alternde Gesellschaft erfordert regional unterschiedliche Anpassungen von Infrastruktur, Wohnraum, Versorgungs- und Präventionsangeboten. Die gesellschaftliche Vielfalt in Bezug auf Herkunft, Sprache, Religion, Sexualität sowie Lebenskonzepten im Allgemeinen nimmt zu. Daneben droht der bereits vielfach benannte und regional sowie branchenspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägte Fachkräftemangel.
- Technische Neuerungen und Digitalisierung arrangieren Arbeits- und Kommunikationsformen, die die Lebenswelt vieler Menschen prägen. Daraus resultieren Arbeitsverdichtung, erhöhter Stresslevel sowie der Anstieg von psychischen Erkrankungen in der Bevölkerung.
- Ein über die Zeit recht konstanter Anteil von etwa einem Fünftel der Bevölkerung ist von Armut bedroht, hat mangelnde Kenntnisse im Bereich der Grundbildung und benötigt grundlegende Unterstützung, speziell in den Bereichen Ökonomie, Erziehung und Bildung sowie Gesundheit.
- Eine wachsende Skepsis politischen Entscheidungsträgern gegenüber befördert eine Wahlmüdigkeit in der Gesellschaft, die sich an sinkenden Wahlbeteiligungen ablesen lässt. Demgegenüber nehmen Formate direkter Bürgerbeteiligung – speziell im Kontext digitaler Medien – zu.

Vor diesem Hintergrund ist es eine zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft in der heutigen Zeit, die Zukunftsfähigkeit des Landes sicherzustellen.

Was Erwachsenenbildung leistet

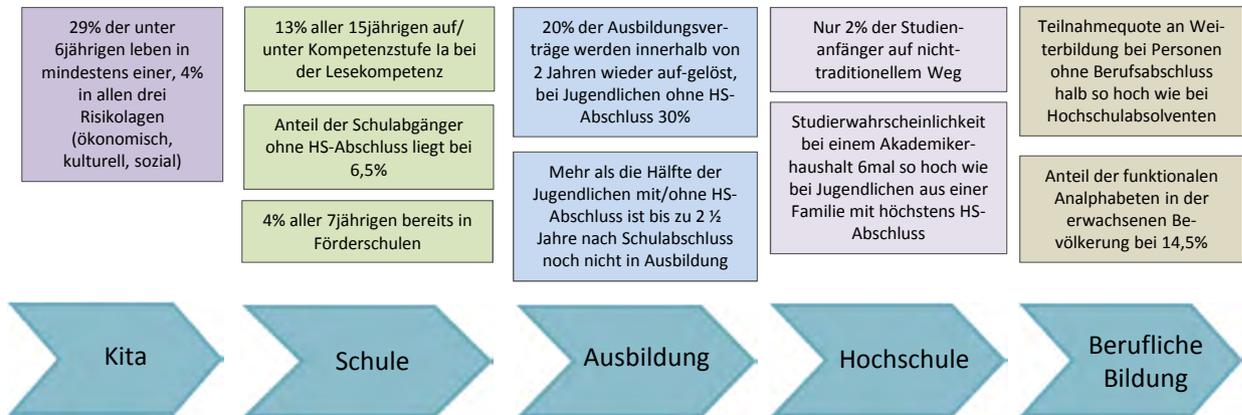
Mit ihrem umfangreichen Bildungsangebot ermöglichen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung allen Bürger/-innen Weiterentwicklung in einer Vielzahl von Bereichen über die gesamte Lebensspanne hinweg und befördern damit die gesellschaftliche Entwicklung. Gesetzlich verankertes Ziel ist es, die Mündigkeit jeder einzelnen Teilnehmerin und jedes einzelnen Teilnehmers zu fördern:

Erwachsenenbildung soll allen Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht und Alter, ihrer Bildung, sozialen oder beruflichen Stellung, ihrer politischen oder weltanschaulichen Orientierung und ihrer Nationalität, die Chance bieten, sich die für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Mitgestaltung der Gesellschaft erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten anzueignen.“

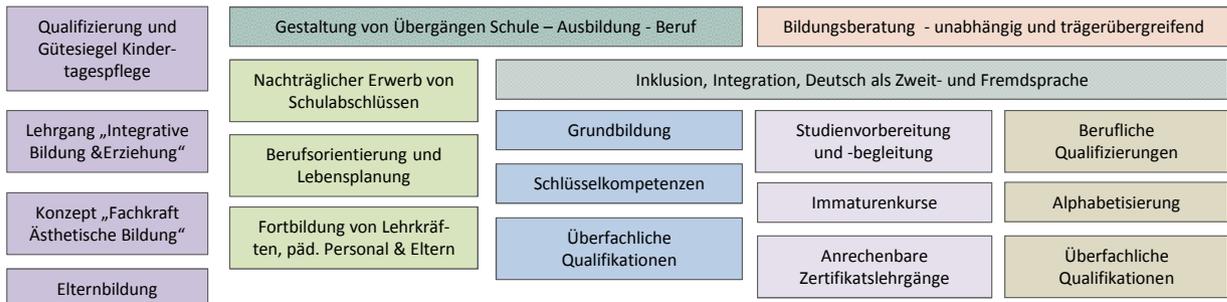
(§ 1 Abs. 2 NEBG)

Die Erwachsenenbildung hält in diesem Zusammenhang ein umfassendes Angebot bereit, wie die folgende Grafik aufzeigt:

Gesellschaftliche Problemlagen (nach Wolter 2010)



Ein Auszug aus unseren Inhalten und Konzepten:



Lebensbegleitende Bildung

wie z.B. Persönlichkeitsbildung, Sprachen lernen, Familienbildung, Kulturelle Bildung, Medienkompetenz, Werte und Normen, Demokratie- und Politische Bildung, Europabildung, Vorbereitung auf Ehrenamt, Bildung für nachhaltige Entwicklung und vieles mehr

Der Beitrag der Erwachsenenbildung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes Niedersachsen

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und Herausforderungen formuliert die Erwachsenenbildung folgende Handlungsfelder, mit der sie die Zukunftsfähigkeit des Landes nachhaltig befördern kann:

- **Die Zivilgesellschaft stärken**

Die Befähigung der niedersächsischen Bürger/-innen zur Mitgestaltung der Gesellschaft ist ein gesetzlich verankerter Auftrag, der in der heutigen, individualisierten Zeit mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Entsprechende Bildungsangebote wirken gesellschaftlichen Prozessen der Ausgrenzung, der Diskriminierung und der Vereinsamung aktiv entgegen und fördern das soziale

Miteinander, das bürgerschaftliche Engagement sowie das politische Engagement. Hier bedarf es neuer Konzepte und Formate, die einen starken regionalen Bezug aufweisen und so die persönliche Motivation der Teilnehmenden erhöhen.

- **Brücken bauen und Zugänge schaffen**

Zu nennen sind hier vor allem die Bereiche Alphabetisierung, Bildungsberatung, Grundbildung, Inklusion, der nachträgliche Erwerb von Schulabschlüssen, Offene Hochschule, Sprachen sowie der Übergang Schule-Ausbildung-Beruf. In diesen Feldern bilden die Angebote der Erwachsenenbildung, die neben der qualifizierenden Komponente auch die Persönlichkeitsentwicklung der einzelnen Teilnehmenden in den Fokus nehmen und dadurch ganzheitliches Lernen ermöglichen, eine sinnvolle Ergänzung zu Maßnahmen der Agentur für Arbeit oder der Hochschulen.

- **Lernförderliche Umgebungen und bildungsfreundliche Strukturen schaffen**

Die Art und Weise, wie Menschen lernen, ist sehr individuell. Jede Lernende und jeder Lerner verknüpft die eigenen Lernerfahrungen, die Rückmeldungen und Bewertungen von außen sowie Stärken und Schwächen zu einer spezifischen Lernbiografie. Technische Entwicklungen sowie persönliche Rahmenbedingungen in Bezug auf Tätigkeit, Zeit und Geld erfordern verschiedene Formate sowie ein höchst unterschiedliches Bedürfnis nach Begleitung und Anleitung. Hier vielfältige lernförderliche Umgebungen zu schaffen und Bildungsformate zu entwickeln, ist Aufgabe der Erwachsenenbildung.

- **Regionale Bildungsnetzwerke koordinieren und lokaler Ansprechpartner in Bildungsfragen sein**

Niedersachsen ist geprägt von regionalen Unterschieden. Die vielfältigen Einrichtungen haben ihre Angebote an die lokalen Bedürfnisse und Zielgruppen angepasst und sind breit vernetzt. Diesen Netzwerkgedanken möchte die Erwachsenenbildung weiter ausbauen, indem sie als Taktgeber und Koordinator regionaler Bildungsnetzwerke agiert. Dazu gehört auch, dass die Erwachsenenbildung über die Einrichtungsgrenzen hinweg kooperiert und ihre thematischen und strukturellen Stärken bündelt.

- **Qualität der Erwachsenenbildungsarbeit sichern**

Auch die Erwachsenenbildung ist von einem Generationswechsel betroffen. Um die Qualität der Arbeit erhalten und entwickeln zu können, werden gut ausgebildete Kolleg/-innen benötigt, die sich in einer komplexen Welt orientieren können sowie innovative Bildungskonzepte entwickeln und umsetzen können. Die Umsetzung eines Konzeptes zur Nachwuchsförderung, die Selbstverpflichtung, Beschäftigte in Anlehnung an gültige Tarifverträge zu entlohnen sowie eine angemessene Bezahlung von Honorarkräften tragen zur Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung bei.

Erwachsenenbildung auf der Höhe der Zeit bedeutet nicht weniger, als gesellschaftliche und persönliche Bedarfe gemeinsam zu denken und diese in zielführenden und passgenauen Konzepten und Formaten umzusetzen. Gelingende Bildungsprozesse benötigen darüber hinaus Zeit und Vertrauen.

Aus diesem Grund fordert der nbeb 1 % des niedersächsischen Bildungsetats in die niedersächsische Erwachsenenbildung zu investieren! Denn Innovation ist nur möglich, wenn die Struktur gesichert ist.

Impressum

Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung e.V.

Postfach 473, 30004 Hannover
Bödekerstraße 18, 30161 Hannover
Tel.: 0511 / 300330-44
Fax: 0511 / 300330-81

E-Mail: info@nbeb.de
www.nbeb.de

Vorsitzender: Dr. h. c. Jürgen Walter

Redaktion: Sabine Bertram

Design: mediendesign | aronjungermann
www.aronjungermann.com

Bildnachweise:

ABC-Selbsthilfegruppe: S. 49
AEWB: S. 25-27, S. 50
ARUG: S. 29-30
BNW: S. 33-35
BW ver.di: S. 37-39
EEB: S. 43
Fotalia: S. 42, S. 47, S. 55-56, 66-67
Herzig, Axel: S. 11; S. 12 (4,6); S. 20-21; S. 57
KA Stapelfeld: S. 61
KEB: S. 45-46
Knoll, Susie: S. 3
LEB: S. 56
LV HVHS: S. 59-60
nbeb: Titel (1,2,3,4,5); S. 6-7; S. 9; S. 12 (1, 2, 3);
VHS Braunschweig: S. 51-53
VHS Hildesheim: S. 12 (5);
VHS Oldenburg S. 50 (2)
VNB: S. 63-65
Wulf, Angela: Titel (6); S. 4

www.nbeb.de